

# STAATSANZEIGER



FÜR DAS LAND HESSEN

1 Y 6432 A

1975

MONTAG, 29. DEZEMBER 1975

Nr. 52

Seite	Seite	Seite
<b>Der Hessische Minister des Innern</b>	<b>Der Hessische Kultusminister</b>	<b>Neuorganisation der Hess. Staatsforstverwaltung im Landkreis Waldeck-Frankenberg; hier: Umbenennung des Forstamtes Wolkersdorf ..</b> 2349
Verwaltungsvorschrift zum Gesetz über die Entziehung der Freiheit geisteskranker, geistesschwacher, rauschgift- oder alkoholsüchtiger Personen (HFEG) .....	Allgemeine Genehmigung der Ortskirchensteuerbeschlüsse für die Rechnungsjahre 1976, 1977 und 1978 der Diözese Fulda .....	<b>Neugliederung der Hess. Staatsforstverwaltung im Wetteraukreis; hier: Auflösung der Revierförsterei Ober-Widdersheim im Forstamt Nidda ..</b> 2349
2338	2346	<b>Personalnachrichten</b>
<b>Ausbildung der Rechtsreferendare in der Verwaltung; hier: Entschädigung für die Arbeitsgemeinschaftsleiter (§ 31 Abs. 2 JAG) und Einführungsarbeitsgemeinschaftsleiter sowie Entschädigung für sonstige Lehrkräfte in den Arbeitsgemeinschaften .....</b>	<b>Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik</b>	Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern .....
2342	<b>Änderung der Anschriften und Fernsprechnummern des Katasteramtes — Außenstelle — Rüsselsheim und des Katasteramtes Limburg (Lahn) ....</b>	2349
2342	2347	Im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen .....
<b>Träger öffentlicher Belange, die im städtebaulichen Verfahren nach dem Bundesbaugesetz und dem Städtebauförderungsgesetz zu beteiligen sind .....</b>	<b>Der Hessische Sozialminister</b>	2350
2343	<b>Sachliche Zuständigkeit in Angelegenheiten der Kriegsofferversorgung .....</b>	<b>Regierungspräsidenten</b>
<b>Organisation und örtliche Zuständigkeit der Schutzpolizei; hier: Wahrnehmung der polizeilichen Aufgaben im Vogelsbergkreis .....</b>	2347	<b>DARMSTADT</b>
2344	<b>Änderung der Anschrift und der Rufnummer des Sozialgerichts Frankfurt (Main) .....</b>	<b>Rechtsverordnung zum Schutze der Jugend und des öffentlichen Anstandes für die Stadt Hanau .....</b>
2344	2347	2353
<b>Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Schöneck, Main-Kinzig-Kreis .....</b>	<b>Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt</b>	<b>KASSEL</b>
2344	<b>Richtlinien für die Gewährung von Beihilfen zur Schutzimpfung von Weiderindern und Weidepferden gegen Tollwut .....</b>	Zulassung als Buchmacher .....
2344	2347	2353
<b>Finanzplanung der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv) für den Planungszeitraum 1975 bis 1979 .....</b>	<b>Ergänzende Vorschriften zur Regelung viehseuchenrechtlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handel mit Rindern und Schweinen; hier: Änderung von Vorschriften ..</b>	Zulassung als Buchmachergehilfin ..
2344	2348	2353
<b>Beschaffung von Personenstandsurkunden und anderen Personalunterlagen aus der UdSSR .....</b>	<b>Bekämpfung der Tollwut; hier: Änderung von Vorschriften .....</b>	<b>Öffentlicher Anzeiger</b>
2345	2348	<b>Bekanntmachung des Wasserverbandes „Schwarzbachgebiet-Ried“ .....</b>
<b>Der Hessische Minister der Finanzen</b>	<b>Bekämpfung der ansteckenden Schweinelähmung (Teschener Krankheit); hier: Änderung viehseuchenrechtlicher Vorschriften .....</b>	2358
<b>Verwaltungsabkommen über die Durchführung von Baumaßnahmen der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten belgischen Streitkräfte gemäß Art. 49 .....</b>	2348	<b>Mitglieder der Delegiertenversammlung der Landes Zahnärztekammer Hessen .....</b>
2346	<b>Ungültigkeitserklärung eines in Verlust geratenen Dienstausweises für Forstbeamte .....</b>	2358
<b>Hochschulbau; hier: Forderungskatalog zur Standardisierung — Fassung Juli 1975 — .....</b>	2349	<b>Satzung des Hessischen Rundfunks über das Verfahren zur Leistung der Rundfunkgebühren vom 28. November 1975 .....</b>
2346		2359
<b>Richtlinien für Kantinen bei Dienststellen des Landes Hessen .....</b>		<b>Bekanntmachung des Hessischen Rundfunks .....</b>
2346		2359
<b>Ausbildung der Anwärter des mittleren und des gehobenen Dienstes in der Allgemeinen Staatlichen Kassenverwaltung .....</b>		<b>Widmung einer Neubaustrecke zur Teilstrecke der Kreisstraße 6 in der Gemarkung Dissen (Stadtteil von Gudensberg), Schwalm-Eder-Kreis, Regierungsbezirk Kassel .....</b>
2346		2360

2337

Die 12. Folge 1975 der monatlich erscheinenden Beilage

»Rechtsprechung der Hessischen Verwaltungsgerichte«

ist dieser Ausgabe des Staatsanzeigers für die ständigen Bezieher kostenlos beigelegt

1758

## Der Hessische Minister des Innern

**Verwaltungsvorschrift zum Gesetz über die Entziehung der Freiheit geisteskranker, geistesschwacher, rauschgift- oder alkohollüchtiger Personen (HFEG)**

1. Anwendungsbereich des Gesetzes
  - 1.1 Das HFEG vom 19. Mai 1952 (GVBl. S. 111), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 1 und 2 des Gesetzes vom 15. Mai 1974 (GVBl. I S. 241), gilt nicht für Fälle, in denen auf Grund anderer, insbesondere bundesrechtlicher Bestimmungen eine Unterbringung durch den Richter vorgenommen wird.  
Das ist insbesondere der Fall, wenn
    - a) Strafgerichte die Unterbringung eines Unzurechnungsfähigen oder vermindert Zurechnungsfähigen nach § 63 StGB oder eines Süchtigen nach § 64 StGB, die einstweilige Unterbringung eines Unzurechnungsfähigen oder vermindert Zurechnungsfähigen nach § 126 a StPO, die Unterbringung eines Beschuldigten zur Vorbereitung eines Gutachtens über seinen Geisteszustand nach § 81 StPO anordnen,
    - b) Zivilgerichte die Unterbringung eines zu Entmündigten zur Feststellung seines Geisteszustandes nach § 656 ZPO anordnen.
  - 1.2 Das HFEG gilt ferner für Fälle, in denen der Betroffene selbst in die Unterbringung einwilligt. Die Einwilligung setzt eine natürliche Einsichtsfähigkeit voraus, d. h. eine verstandesmäßige, geistige und sittliche Reife, die es dem Betroffenen ermöglicht, die Tragweite seiner Entscheidung zu erkennen. Außerdem gilt das Gesetz nicht, wenn der Kranke geschäftsunfähig oder beschränkt geschäftsfähig ist und der Inhaber der elterlichen Gewalt, der Vormund oder der Pfleger eine Unterbringung veranlaßt. Steht der Betroffene unter Vormundschaft oder Pflegschaft, so bedarf die Zustimmung des Vormunds oder Pflegers zur Unterbringung des Mündels nach §§ 1800 Abs. 2, 1897, 1915 BGB der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts.
    - 1.2.1. In allen diesen Fällen liegt keine Unterbringung im Sinne des HFEG vor. Es ist daher erforderlich, daß die psychiatrischen Krankenhäuser eine schriftliche Bescheinigung über die Einwilligung des Patienten oder seines gesetzlichen Vertreters zu den Akten nehmen. Handelt es sich bei dem gesetzlichen Vertreter um einen Vormund oder Pfleger, so bedarf es außerdem eines Belegs über die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. Die Einwilligung des Patienten oder seines gesetzlichen Vertreters kann jederzeit zurückgenommen werden. Eine mündliche Erklärung des geänderten Willens ist ausreichend. Wird die Einwilligung zurückgenommen, so muß der Patient entlassen werden, sofern nicht unverzüglich eine polizeiliche Anordnung nach § 10 herbeigeführt wird.
    - 1.2.2. Besonders ist auf die Fälle von Minderjährigen zu achten, die während der Unterbringung volljährig werden. Wenn ein solcher Patient die erforderliche Einsichtsfähigkeit besitzt, ist für seine weitere Behandlung im Krankenhaus sein Einverständnis ausreichend. Besitzt er die erforderliche Einsichtsfähigkeit nicht, so ist rechtzeitig die Bestellung eines Vormunds oder eines Pflegers zu veranlassen.
  - 1.3. Der Anwendungsbereich des HFEG wird durch das (Bundes-)Gesetz über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen — FEVG — vom 29. 6. 1956 — BGBl. I S. 599 — (mit Änderungen) nicht eingeschränkt. Das FEVG ist nach seinem § 1 nur anwendbar auf gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen, die auf Grund Bundesrechts angeordnet werden, sofern nicht bereits das Bundesrecht das Verfahren abweichend regelt. Nach dem FEVG sind beispielsweise Anordnungen auf Grund des § 37 Abs. 2 des Bundesseuchengesetzes und auf Grund des § 18 Abs. 2 Satz 3 des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu behandeln. Eine entsprechende Anwendung von Verfahrensvorschriften des FEVG auf Freiheitsentziehungen nach dem HFEG ist nur dann zulässig, wenn das HFEG dies ausdrücklich bestimmt (vgl. § 26 HFEG).
- 1.4. Leidet ein Kranker oder Süchtiger im Sinne von § 1 Abs. 1 gleichzeitig an einer ansteckenden Krankheit im Sinne des Bundesseuchengesetzes, so kann sowohl eine Freiheitsentziehung nach dem HFEG als auch eine solche nach dem FEVG in Betracht kommen. Da es sich bei dem Verfahren nach dem HFEG und dem Verfahren nach dem FEVG jedoch um zwei selbständige Verfahrensarten handelt, kann eine richterliche Entscheidung nach dem einen oder anderen Gesetz nur dann ergehen, wenn für das anzuwendende Gesetz ein Antrag gestellt ist. Es ist in solchen Fällen deshalb vorsorglich stets ein Antrag nach §§ 2, 5, HFEG zu stellen. Die Unterbringung wird vom Gericht in derjenigen Art eines Krankenhauses angeordnet, die am geeignetsten ist, die für die öffentliche Sicherheit und Ordnung bestehende Gefahr nachhaltig zu beseitigen. Hierbei wird geprüft, auf welchen Grund die Gefahr in erster Linie zurückzuführen ist.  
Das gleiche gilt beim Zusammentreffen eines Tatbestandes nach dem HFEG und einem solchen nach dem Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.
  2. Zu einzelnen Vorschriften des Gesetzes
    - 2.1. § 1
      - 2.1.1. Der Begriff der „erheblichen Gefahr“.  
Nach § 1 Abs. 1 und 2 ist der schwerwiegende Eingriff, den eine Freiheitsentziehung darstellt, nur bei einer erheblichen Gefahr für die Mitmenschen oder für den Betroffenen selbst zulässig. Zu den gesetzlich geschützten Rechtsgütern Dritter gehören nicht nur das Leben und die Gesundheit, sondern auch die Freiheit, das Eigentum und die Ehre. Als erhebliche Gefahr ist die ernsthafte und massive — auf Grund konkreter Anzeichen bestehende — Bedrohung der Mitmenschen oder des Betroffenen anzusehen. Dabei ist es ausreichend, wenn nach ärztlicher Beurteilung der Zustand des Kranken entsprechende Fehlhandlungen befürchten läßt. Erforderlich ist aber immer eine potentielle Gefährdung, die nach dem Krankheitsbild erfahrungsgemäß zu erwarten ist. Die allgemeine Unberechenbarkeit, die mehr oder weniger bei allen Geisteskranken vorliegt, reicht für eine Unterbringung allein nicht aus. Auch ist die Anordnung der Unterbringung bei nur unerheblichen Vermögensgefährdungen und bloßen Belästigungen, die die Mitmenschen nur geringfügig beeinträchtigen, nicht gerechtfertigt.
      - 2.1.2. Andersartige Gefahrenabwendung  
Die zwangsweise Unterbringung ist nur zulässig, wenn die aus dem Geisteszustand oder der Sucht des Betroffenen drohende Gefahr nicht anders abgewendet werden kann. Ob und auf welche Weise die Gefahr anders abgewendet werden kann, hängt von der Art und dem Grad der Gefahr ab. In einer Reihe von Fällen, z. B. bei schwachsinnigen und alten Menschen, wird es möglich sein, daß der Betroffene in eine Familie aufgenommen oder für ihn eine Pflegeperson gefunden wird. In manchen Fällen kann auch eine Erklärung des Betroffenen genügen, sich unverzüglich in psychiatrische Behandlung begeben zu wollen, sofern eine Kontrolle gewährleistet ist.
      - 2.1.3. Unterbringungsart  
Das Gesetz sieht in § 1 Abs. 1 und 2 nicht ausnahmslos die Unterbringung in einer geschlossenen Krankenabteilung vor. Es läßt auch die Unterbringung in einer anderen geeigneten Verwahrung zu. Dem Richter wird damit hinsichtlich der Unterbringungsart ein beträchtlicher Spielraum eingeräumt. Damit soll erreicht werden, daß die Gefahrenabwehr in der Weise erfolgt, die für den Betroffenen mit den geringstmöglichen Härten verbunden ist.  
Als andere geeignete Verwahrung kommt beispielsweise die Unterbringung in einer offenen Abteilung eines öffentlichen oder privaten Krankenhauses in Betracht. Bei Suchtkranken wird in erster Linie die Unterbringung in einer Entziehungseinrichtung angebracht sein.

## 2.1.4. Unterbringungsdauer

Die Unterbringung dauert solange, wie es ihr Zweck erfordert; die Unterbringung von Süchtigen darf jedoch nicht länger als zwei Jahre dauern (§ 1 Abs. 3). Der genauen Durchführung dieser Bestimmung und der Vorschriften des IV. Abschnitts des Gesetzes (§§ 20 bis 25) ist ein großes Gewicht beizumessen, da die Sicherung gegen die unberechtigte Anordnung von Freiheitsentziehungen in der Garantie gegen die unberechtigte Aufrechterhaltung einer Freiheitsentziehung ihre notwendige Ergänzung findet.

Die ärztlichen Leiter von Krankenhäusern und anderen Unterbringungseinrichtungen, bei Krankenhäusern oder Einrichtungen mit selbständigen Abteilungen der tunde Abteilungsarzt (im weiteren einheitlich als „ärztliche Leiter“ bezeichnet) und andere Personen, in deren Obhut sich auf Grund des HFEG Untergebrachte befinden, haben daher fortdauernd und mit besonderer Aufmerksamkeit die Frage zu überprüfen, ob die Gefahr im Sinne des § 1 noch fortbesteht und ob nicht zumindest eine Änderung der Unterbringungsart in Betracht kommt.

Ferner ist es notwendig, daß sowohl die ärztlichen Leiter als auch die Verwaltungsbehörde von dem nach § 22 bestehenden Antragsrecht in allen Fällen Gebrauch machen, in denen hierfür ein Anlaß erkennbar ist. Unabhängig von der somit gebotenen laufenden Überprüfung ist zu beachten, daß Rauschgift- und Alkoholsüchtige, ohne daß es hierfür einer gerichtlichen Anordnung bedarf, spätestens zwei Jahre nach dem Beginn ihrer Unterbringung kraft Gesetzes zu entlassen sind (§ 1 Abs. 3 Satz 2).

## 2.2. §§ 2, 3

## 2.2.1. Art und Durchführung der Unterbringung

Bei der Anordnung der Unterbringung beschließt das Gericht auch über die Art der Unterbringung. Dies kann durch die Bezeichnung des einzelnen psychiatrischen Krankenhauses oder durch eine allgemeine Kennzeichnung der Unterbringungsart erfolgen. Im ersten Fall bedürfen spätere Verlegungen einer gerichtlichen Anordnung. Kennzeichnet das Gericht die Unterbringungsart nur allgemein, so hat die Verwaltungsbehörde auf Grund von § 16 Satz 1 unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Einzelfalles und der tatsächlichen Verhältnisse auf dem Gebiet des Krankenhauswesens das Krankenhaus zu bestimmen, in dem die Unterbringung durchzuführen ist. Verlegungen in gleichartige andere Krankenhäuser können dann ebenfalls von der Verwaltungsbehörde vorgenommen werden.

## 2.2.2. Sachliche Zuständigkeit der Verwaltungsbehörde

Die Entziehung der Freiheit geisteskranker, geistesschwacher, rauschgift- oder alkoholsüchtiger Personen ist eine staatliche Aufgabe der Gefahrenabwehr (§ 1 Abs. 1).

Verwaltungsbehörde ist nach § 2 Abs. 2 in Gemeinden bis zu 7500 Einwohnern der Landrat. In Gemeinden mit mehr als 7500 Einwohnern ist — entgegen dem insoweit überholten Gesetzeswortlaut — nach §§ 1 Abs. 3, 55 Abs. 1 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) i. d. F. vom 26. 1. 1972 (GVBl. I S. 24) i. V. m. § 149 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung die Zuständigkeit des Gemeindevorstandes gegeben.

Bei der Entscheidung der Verwaltungsbehörde ist das Gesundheitsamt zu beteiligen.

## 2.2.3. Zusammenarbeit zwischen den psychiatrischen Krankenhäusern und den Verwaltungsbehörden

Hat auf Grund des § 9 das Gericht eine einstweilige Unterbringung angeordnet, ohne daß die Verwaltungsbehörde einen Unterbringungsantrag nach § 2 Abs. 1 gestellt hat, so setzt eine anschließende Anordnung der endgültigen Unterbringung die Nachreichung eines solchen Antrags voraus. Diese Antragstellung erfordert ein Zusammenwirken zwischen den psychiatrischen Krankenhäusern und den Verwaltungsbehörden. Es wird in der Regel Aufgabe des psychiatrischen Krankenhauses sein, in welchem sich der Kranke befindet, der Verwaltungsbehörde nach § 5 Abs. 2 das für die Einreichung des Unterbringungsantrags erforderliche Zeugnis eines approbierten Arztes zu erteilen.

## 2.3. § 4

## Vorschriften für das gerichtliche Verfahren

Die Anwendbarkeit der allgemeinen Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG) unterstreicht in besonderem Maße, daß die Entziehung der Freiheit Geisteskranker, Geistesschwacher und Süchtiger nach dem HFEG keinen strafrechtlichen Charakter hat.

Für das gerichtliche Verfahren finden beispielsweise § 2 (Rechtshilfe), § 6 (Ausschließung des Richters) und § 14 (Armenrecht) des FGG Anwendung.

## 2.4. § 5

## 2.4.1. Ärztliche Untersuchung

Das Zeugnis nach § 5 Abs. 2 muß nicht von einem Facharzt der Psychiatrie ausgestellt sein. Es genügt das Zeugnis eines jeden approbierten Arztes.

Im Gegensatz zu der Untersuchung im Sinne des § 6 Abs. 1 Nr. 2 kann die Untersuchung nach § 5 Abs. 2 nicht mit Hilfe einer zwangsweisen Vorführung des Unterzubringenden ermöglicht werden.

## 2.5. § 6

## 2.5.1. Begriff „Facharzt der Psychiatrie“

Als Facharzt für Psychiatrie im Sinne von § 6 Abs. 1 Nr. 2 ist ein Arzt anzusehen, der unter dieser Bezeichnung oder als Facharzt für Nervenheilkunde oder als Facharzt für Nerven- und Gemütskrankheiten von einer Landesärztekammer anerkannt worden ist. Die Bezeichnung Neurologe oder Facharzt für Neurologie genügt nicht.

## 2.5.2. Begriff des „beamteten Arztes“

Als „beamteter Arzt“ im Sinne von § 6 Abs. 1 Nr. 2 Halbsatz 2 ist nicht nur ein Arzt anzusehen, der in einem Beamtenverhältnis steht, sondern auch ein Arzt, der lediglich auf Grund eines privatrechtlichen Angestelltenverhältnisses im öffentlichen Dienst steht und im Rahmen dieses Dienstverhältnisses das Gutachten erstattet.

Der beamtete Arzt, der gegebenenfalls außer dem Facharzt für Psychiatrie vom Gericht zu hören ist, muß — auch wenn dies im Gesetz nicht ausdrücklich gesagt ist — den Betroffenen persönlich untersuchen. Nur auf Grund einer Untersuchung kann sich der Arzt ein klares Bild von dem Betroffenen verschaffen. Die Untersuchung kann nicht durch eine Besprechung mit dem Facharzt, durch Einsichtnahme in dessen Gutachten oder durch Rückfragen bei dem behandelnden Arzt ersetzt werden. Diese Möglichkeiten können für den beamteten Arzt nur zusätzliche Mittel sein, sich eine sichere Grundlage für sein Gutachten zu verschaffen.

## 2.6. § 7

## Beiordnung eines Rechtsanwalts

Die Beiordnung eines Rechtsanwalts ist u. a. dann angebracht, wenn wegen der Wirkung angewandter Medikamente der Unterzubringende nicht in der Lage ist, ein Gutachten über seinen Geisteszustand zu erfassen und dazu Stellung zu nehmen. Entsprechendes wird anzunehmen sein, wenn befürchtet werden muß, daß eine Konfrontierung des Unterzubringenden mit einem ärztlichen Gutachten ungünstige Auswirkungen auf seinen Gesundheitszustand oder den Heilungsprozeß haben würde. Die Beiordnung eines Rechtsanwalts ist im allgemeinen auch dann angebracht, wenn der Unterzubringende infolge seiner Krankheit oder Sucht nicht mehr in der Lage ist, voll einzusehen, was das Unterbringungsverfahren für ihn bedeutet.

## 2.7. § 8

## Unterbringung zur Vorbereitung eines Gutachtens

## 2.7.1. Voraussetzungen

Die Unterbringung zur Vorbereitung eines Gutachtens setzt in formeller Hinsicht einen Unterbringungsantrag der zuständigen Verwaltungsbehörde voraus. Sachlich ist sie in der Regel erforderlich, wenn der nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 gehörte Facharzt für Psychiatrie zu dem Ergebnis kommt, daß ein verlässliches Urteil über den Geisteszustand oder die Sucht des Unterzubringenden nur auf Grund einer stationären Beobachtung möglich ist.

- 2.7.2. Dauer der Unterbringung zur Vorbereitung eines Gutachtens  
 Nach § 8 Abs. 1 darf die Unterbringung zur Vorbereitung eines Gutachtens für einen Zeitraum bis zu 6 Wochen angeordnet werden. Unter Beachtung dieser obersten zeitlichen Grenze wird die Dauer der Unterbringung vom Gericht im Unterbringungsbeschuß festgesetzt. Mit dem Ablauf der im Unterbringungsbeschuß gesetzten Frist ist der Untergebrachte durch den ärztlichen Leiter des Krankenhauses zu entlassen, sofern keine gegenteilige Anordnung des Gerichts vorliegt. Ein gerichtlicher Entlassungs- oder Aufhebungsbeschuß ist für die Entlassung des Untergebrachten nicht erforderlich.  
 Kommt der ärztliche Leiter vor Ablauf der gerichtlich festgesetzten Frist zu dem Ergebnis, daß aus dem Geisteszustand oder der Sucht des Untergebrachten für diesen selbst und für seine Mitmenschen keine erhebliche Gefahr mehr besteht, so ist er verpflichtet, dies unverzüglich dem Gericht mitzuteilen. Ohne gerichtliche Entscheidung darf er den Untergebrachten nicht vorzeitig entlassen. Er hat jedoch die Möglichkeit, ihn zu beurlauben (vgl. unten Nr. 2.13.4.).
- 2.8. § 9  
 Einstweilige Unterbringung
- 2.8.1. Anwendungsbereich der Vorschrift  
 Die einstweilige Unterbringung kommt zur Vorbereitung einer Unterbringung nach §§ 2 ff. in Betracht. Sie ist zulässig, wenn ihre Anordnung im Sinne der im Gesetz im einzelnen genannten Voraussetzungen dringlich ist.
- 2.8.2. Dauer der einstweiligen Unterbringung  
 Die einstweilige Unterbringung dauert höchstens 2 Monate (§ 9 Abs. 4 Satz 1). Unter Beachtung dieser obersten zeitlichen Grenze wird die Dauer der Unterbringung vom Gericht im Unterbringungsbeschuß festgesetzt. Im übrigen gelten sinngemäß die Bestimmungen zu Nr. 2.7.2.
- 2.9. § 10  
 Polizeiliche Anordnung der Verwahrung
- 2.9.1. Zuständigkeit, Geltungsbereich, Formvorschriften  
 Der Erlaß der polizeilichen Anordnung nach § 10 Satz 1 obliegt gemäß § 1 Abs. 2 HSOG den allgemeinen Polizeibehörden und der Vollzugspolizei.  
 Die polizeiliche Anordnung muß schriftlich erlassen werden. Sie soll einen ausdrücklichen Hinweis darauf enthalten, daß sie mit Ablauf des nächsten Tages unwirksam wird und sodann eine weitere Unterbringung in einer geschlossenen Krankenabteilung oder in einer anderen geeigneten Verwahrung nur zulässig ist, wenn sie durch die bis zu diesem Zeitpunkt herbeizuführende gerichtliche Entscheidung angeordnet wird.  
 Die polizeiliche Anordnung ist in Urschrift oder Abschrift unverzüglich dem Betroffenen, dem Krankenhaus, in welchem der Patient untergebracht werden soll, sowie dem zuständigen Gericht und der zuständigen Verwaltungsbehörde zu übermitteln. Die Aushängung der Anordnung an den Betroffenen kann unterbleiben, wenn sie nicht möglich ist oder nicht ohne Nachteile für seinen Gesundheitszustand erfolgen kann.  
 § 10 gilt auch für Personen, die sich freiwillig in einer geschlossenen Krankenabteilung oder in einer anderen Verwahrung aufhalten, den freiwilligen Aufenthalt aber nicht mehr fortsetzen wollen.
- 2.9.2. Voraussetzungen  
 Der Erlaß der polizeilichen Anordnung ist nur zulässig, wenn die sachlichen Voraussetzungen von § 9 mit hoher Wahrscheinlichkeit vorliegen, eine einstweilige richterliche Einweisung nach dieser Vorschrift jedoch nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann und mit hoher Wahrscheinlichkeit Gefahr im Verzuge ist. Gefahr im Verzuge ist dann zu bejahen, wenn die von dem Betroffenen ausgehende Gefahr so groß ist, daß sie abgewendet werden muß, bevor eine richterliche Entscheidung ergeht.  
 Bei der Prüfung der sachlichen Voraussetzungen von § 10 und § 9 braucht die Polizei keine Überlegungen anzustellen, die nur ein Arzt zutreffend anstellen könnte. Es genügt eine gewissenhafte Prüfung anhand des äußeren Erscheinungsbildes des Betroffenen. Die Zuzie-
- hung eines Arztes ist gesetzlich nicht vorgeschrieben. Um unrechtmäßige Freiheitsentziehungen zu vermeiden, sollte die Polizei vor ihrer Entscheidung jedoch nach Möglichkeit einen Arzt hören. Ärztliche Untersuchungen sind bis zum Erlaß der polizeilichen Anordnung nur mit Einwilligung des Betroffenen zulässig.
- 2.9.3. Aufnahme in die Krankenhausverwahrung
- 2.9.3.1. Auf Veranlassung der Polizei  
 Das polizeiliche Vorbringen einer Person in die Verwahrung eines Krankenhauses ist grundsätzlich erst zulässig, wenn die polizeiliche Anordnung vorliegt. Vor dem Erlaß der Anordnung fehlt für eine solche polizeiliche Maßnahme in der Regel die Rechtsgrundlage.  
 In Ausnahmefällen kann die auf polizeilicher Veranlassung beruhende Verwahrung einer Person in einem Krankenhaus aber auch schon vor dem Erlaß einer Anordnung nach § 10 zulässig und geboten sein. Das ist dann der Fall, wenn die polizeiliche Anordnung nicht rechtzeitig ergehen kann, das sofortige Verbringen der Person in eine geeignete Verwahrung jedoch nach allgemeinem Polizeirecht erforderlich ist. Der Betroffene bleibt in einem solchen Falle im Gewahrsam der Polizei, die sich zu dessen Ausübung lediglich der räumlichen und sachlichen Mittel des Krankenhauses bedient. Der Erlaß einer Anordnung nach § 10 ist jedoch unverzüglich nachzuholen.
- 2.9.3.2. Auf Veranlassung Dritter  
 Auf Veranlassung Dritter (z. B. von Angehörigen und Nachbarn des Betroffenen oder eines Arztes) darf ein Krankenhaus unterbringungsindizierte Personen nur dann und nur solange in Verwahrung nehmen, als es erforderlich ist, um eine Gefahr für Leib oder Leben des Betroffenen oder eine erhebliche Gefahr für andere abzuwenden. Die Gefahr muß gegenwärtig und auf andere — für den Betroffenen weniger belastende — Weise nicht behebbar sein (Gesichtspunkt der privaten Notwehr- und Notstandshilfe). Voraussetzung für die Verwahrung ist demnach u. a., daß polizeiliche und gerichtliche Hilfe nicht mehr rechtzeitig erlangt werden kann. Der ärztliche Leiter muß unverzüglich dafür Sorge tragen, daß ein gerichtlicher Beschuß nach § 9 oder eine polizeiliche Anordnung nach § 10 ergeht. Der Betroffene ist vor dem Erlaß einer richterlichen oder polizeilichen Entscheidung sofort auf freien Fuß zu setzen, wenn die Gründe für seine Verwahrung weggefallen sind.
- 2.9.4. Richterliche Entscheidung  
 Nach § 10 Satz 2 muß im Falle der Verwahrung auf Grund einer polizeilichen Anordnung spätestens bis zum Ende des folgenden Tages eine richterliche Entscheidung herbeigeführt werden. Um sicherzustellen, daß eine richterliche Entscheidung rechtzeitig ergehen kann, ist dem zuständigen Richter — wenn dieser nicht erreichbar ist, der Geschäftsstelle des zuständigen Amtsgerichts — unverzüglich eine Abschrift der polizeilichen Anordnung zu überbringen. Die Abschrift der polizeilichen Anordnung muß einen Hinweis auf die Eilbedürftigkeit der Sache sowie darauf enthalten, daß um richterliche Entscheidung nach § 10 Satz 2 gebeten wird.  
 Ergeht bis zum Ablauf des auf die polizeiliche Anordnung folgenden Tages kein richterlicher Einweisungsbeschuß, so ist der Betroffene auf freien Fuß zu setzen. Die Verantwortung für die rechtzeitige Freilassung des Betroffenen liegt beim ärztlichen Leiter. Der Betroffene muß grundsätzlich aus dem Krankenhaus entlassen werden, wenn er dort nicht freiwillig noch länger bleiben will, Ausnahmen von diesem Grundsatz kommen nur dann in Betracht, wenn die Freilassung des Betroffenen für diesen eine Gefahr für Leib oder Leben oder für andere eine erhebliche Gefahr darstellen würde. Die Gefahr muß gegenwärtig und auf andere — für den Betroffenen weniger belastende — Weise nicht behebbar sein (Gesichtspunkt der privaten Notwehr- und Notstandshilfe). Unter diesen Umständen kann der ärztliche Leiter berechtigt sein, den Betroffenen weiterhin festzuhalten. Er muß dann aber unverzüglich eine richterliche Entscheidung herbeiführen und den Betroffenen schon vor dem Erlaß einer richterlichen

Entscheidung freilassen, wenn die Gründe für sein weiteres Festhalten weggefallen sind.

#### 2.10. § 16

##### Amtshilfe der Vollzugspolizei

Nach § 16 ist die Vollzugspolizei verpflichtet, der Verwaltungsbehörde, die die vom Gericht auf Grund des HFEG angeordneten Maßnahmen durchführt, Amtshilfe zu leisten.

Im Falle des Transports eines Unterzubringenden bedeutet die zu leistende „Amtshilfe“, daß das Personal und alle sonstigen Personen erforderlichenfalls gegen Gefahren, die von dem Unterzubringenden ausgehen, zu schützen sind (§ 44 Abs. 3 HSOG). Die Amtshilfe hat jedoch nicht die Verpflichtung zum Gegenstand, die eigentliche Durchführung des Transports zu übernehmen. Sie wird daher nicht bei jedem Transport in Betracht kommen, sondern nur dann zu leisten sein, wenn Gründe für die Annahme vorliegen, daß sie zum Schutz des Begleitpersonals, wegen zu erwartenden Widerstandes oder wegen der Notwendigkeit zur Anwendung unmittelbaren Zwangs erforderlich ist.

#### 2.11. § 17

##### Ärztliche Eingriffe nach § 17 Satz 3 und 4

Die nur mit Einwilligung des Unterzubringenden oder seines gesetzlichen Vertreters zulässigen ärztlichen Eingriffe sind in der Verordnung der Landesregierung vom 7. 9. 1954 (GVBl. S. 154) bestimmt. Unter den Zustimmungsvorbehalt fallen alle hirnchirurgischen Eingriffe. In Bedarfsfällen ist dafür Sorge zu tragen, daß rechtzeitig ein gesetzlicher Vertreter bestellt wird, wenn eine Verständigung mit dem Untergebrachten nicht möglich ist.

#### 2.12. § 18

##### Briefkontrolle

Die Vorschrift gilt nur für die Briefkontrolle gegenüber denjenigen Personen, die auf Grund des HFEG zwangsweise untergebracht sind. Auf Kranke, die sich freiwillig stationär behandeln lassen, findet die Vorschrift keine Anwendung.

Kraft ausdrücklicher gesetzlicher Bestimmung sind nur die durch die Anstaltsordnung hierzu bestimmten Ärzte berechtigt, die Briefkontrolle durchzuführen. Andere Ärzte oder gar Personen, die nicht Ärzte sind, dürfen mit der Briefkontrolle nicht betraut werden.

Das Einsichtsrecht der Ärzte ist unbeschränkt. Es erstreckt sich auf alle ausgehenden Briefe des Untergebrachten und auf alle für diesen eingehenden Briefe. Beschränkt ist nach näherer Bestimmung des Gesetzes nur die Einbehaltung oder Zurückweisung von Briefen.

Als Brief im Sinne von § 18 gelten nicht nur Briefe und Postkarten im postalischen Sinn, sondern alle schriftlich übermittelten Nachrichten aller Schrift- und Vervielfältigungsarten.

#### 2.13. § 19

##### Beurlaubung

##### 2.13.1. Begriff

Die Beurlaubung stellt keine Beendigung, sondern lediglich eine Unterbrechung der Unterbringung dar. Der Betroffene kann deshalb, wenn die Beurlaubung durch Zeitablauf beendet ist oder wenn sie widerrufen wird, auf Grund des fortwirkenden Unterbringungsbeschlusses wieder zwangsweise in die Unterbringungseinrichtung zurückgebracht werden.

##### 2.13.2. Voraussetzungen

Eine Beurlaubung des Untergebrachten kann durch den ärztlichen Leiter vorgenommen werden, wenn sie vertretbar erscheint (§ 19 Abs. 1 Satz 1). Über die Vertretbarkeit der Beurlaubung entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen allein der ärztliche Leiter. Diesem ist damit eine erhebliche Verantwortung übertragen. Dabei ist grundsätzlich ein strenger Maßstab anzulegen. Eine Beurlaubung ist nur dann zulässig, wenn der Untergebrachte im Zeitpunkt der Beurlaubung nach pflichtgemäßem Auffassung des ärztlichen Leiters höchstwahrscheinlich für sich und andere ungefährlich ist und ein Rückfall während der Urlaubszeit nicht befürchtet zu werden braucht.

##### 2.13.3. Gründe für die Beurlaubung

Eine Beurlaubung kann aus den verschiedensten Gründen in Betracht kommen. Sie spielt eine wesentliche Rolle bei der Vorbereitung des Untergebrachten auf seine Entlassung. Sie kann aber auch zur Erledigung wichtiger persönlicher Angelegenheiten des Untergebrachten gewährt werden.

Zur Teilnahme an einer Wahl kann geisteskranken oder geistesschwachen Untergebrachten kein Urlaub gewährt werden. Die wahlrechtlichen Gesetze des Bundes und des Landes Hessen bestimmen einheitlich, daß das Wahlrecht für solche Kranke während ihrer Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus ruht (§ 14 Bundeswahlgesetz; § 4 Landtagswahlgesetz; § 31 Abs. 2 Hessische Gemeindeordnung; § 22 Abs. 4 Hessische Landkreisordnung). Das Ruhen des Wahlrechts kann nicht durch die Beurlaubung eines geisteskranken oder geistesschwachen Untergebrachten beendet werden. Ein Kranker ist im Sinne der genannten wahlrechtlichen Bestimmungen solange untergebracht, bis die in dem gerichtlichen Unterbringungsbeschuß angegebene Frist abgelaufen oder ein gerichtlicher Entlassungsbeschuß ergangen ist (Erlaß des HMDI vom 24. 8. 1970, StAnz. S. 1742).

2.13.4. Eine Beurlaubung ist auch bei der Unterbringung zur Vorbereitung eines medizinischen Gutachtens (§ 8) und bei der einstweiligen Unterbringung (§ 9) möglich. Im Hinblick auf den Zweck und die kurze Dauer dieser Unterbringungsarten wird eine Beurlaubung jedoch nur selten in Frage kommen und im allgemeinen nur kurzfristig sein können. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz gilt jedoch dann, wenn der ärztliche Leiter der Überzeugung ist, daß der Untergebrachte für sich und andere keine erhebliche Gefahr mehr darstellt (vgl. Nr. 2.7.2. und Nr. 2.8.2.). In einem solchen Falle ist eine alsbaldige und unbefristete Beurlaubung angebracht.

##### 2.13.5. Auflagen

Der ärztliche Leiter kann die Beurlaubung des Untergebrachten mit Auflagen verbinden (§ 19 Abs. 1 Satz 2). Sofern nach Lage des Krankheitsbildes Untersuchungen während des Urlaubs notwendig erscheinen, sollte der Urlaub nur unter entsprechenden Auflagen gewährt werden.

##### 2.13.6. Mitteilung der Beurlaubung an andere Stellen

Der ärztliche Leiter hat jede Beurlaubung unverzüglich der Verwaltungsbehörde und dem für den Urlaubsort zuständigen Gesundheitsamt mitzuteilen.

##### 2.14. Bekanntmachung der Entlassung oder einer anderen Art der Unterbringung

Nach § 24 ist der die Entlassung oder eine andere Art der Unterbringung anordnende gerichtliche Beschuß dem Untergebrachten und der Verwaltungsbehörde bekanntzumachen. Die Verwaltungsbehörde hat unverzüglich zu prüfen, ob von der ihr nach § 25 zustehenden sofortigen Beschwerde Gebrauch zu machen ist. War in dem Verfahren früher eine andere Behörde als Verwaltungsbehörde tätig, so ist diese zu informieren.

#### 2.15. § 31

##### Kostentragung

§ 31 stellt klar, daß die Kosten der Unterbringung nach dem HFEG — einschließlich der Kosten für die Überführung in das Krankenhaus — grundsätzlich vom Untergebrachten zu tragen sind. Soweit der Untergebrachte die Kosten nicht selbst aufbringen kann und auch nicht von anderer Seite von den Kosten freigestellt wird, trägt der Landeswohlfahrtsverband Hessen die Kosten der Unterbringung. Das gilt sowohl dann, wenn die Unterbringung dem Schutz des Untergebrachten selbst, als auch dann, wenn sie der Abwendung einer Gefährdung von Mitmenschen dient.

#### 3. Psychiatrische und neurologische Krankenhäuser im Lande Hessen

Die in Hessen bestehenden psychiatrischen und neurologischen Krankenhäuser können dem „Verzeichnis der Krankenanstalten, Fachschulen des Gesundheitswesens und Gesundheitsämter in Hessen“ entnommen

werden, welches vom Hessischen Statistischen Landesamt in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Sozialminister herausgegeben wird. Das Verzeichnis liegt bei allen Gesundheitsämtern zur Einsicht aus. Es kann von der Hessischen Krankenhausgesellschaft e. V. in Frankfurt (Main), Cretzschmarstraße 4, bezogen werden.

#### 4. Aufhebung von Vorschriften

Der Ausführungserlaß zum HFEG vom 6. 12. 1965 (StAnz. S. 1466) und der zu diesem ergangene Änderungserlaß vom 11. 4. 1973 (StAnz. S. 778) werden aufgehoben.

#### 5. Schlußbestimmung, Inkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift ergeht im Einvernehmen mit dem Minister der Justiz und dem Sozialminister. Sie tritt am 1. 1. 1976 in Kraft.

Wiesbaden, 12. 12. 1975

Der Hessische Minister des Innern

II 5 — 18 a — h — 2

StAnz. 52/1975 S. 2338

1759

#### Ausbildung der Rechtsreferendare in der Verwaltung;

hier: Entschädigung für die Arbeitsgemeinschaftsleiter (§ 31 Abs. 2 JAG) und Einführungsarbeitsgemeinschaftsleiter sowie Entschädigung für sonstige Lehrkräfte in den Arbeitsgemeinschaften

Bezug: Mein Erlaß vom 19. April 1973 (StAnz. S. 813)

#### I.

Der Bezugserslaß wird wie folgt neu gefaßt:

1. Beamte oder Richter, die nebenamtlich zum Leiter einer öffentlich-rechtlichen Pflichtarbeitsgemeinschaft (§ 30 Abs. 1 bis 4 JAG) oder Klausurarbeitsgemeinschaft (§ 30 Abs. 5 JAG) für Rechtsreferendare bestellt sind, erhalten für die mit ihrer Tätigkeit verbundenen Aufwendungen eine jederzeit wider-rufliche Entschädigung von monatlich a) 170,— DM bei Arbeitsgemeinschaften mit 6 und mehr Teilnehmern, b) 85,— D-Mark bei Arbeitsgemeinschaften mit mindestens 3, jedoch weniger als 6 Teilnehmern.

Bei Arbeitsgemeinschaften mit weniger als 3 Teilnehmern wird eine Entschädigung nicht gewährt.

2. Die Entschädigung darf nur für die Leitung einer Arbeitsgemeinschaft gewährt werden. Maßgebend ist die Teilnehmerzahl am Ende des Monats. Es werden nur Teilnehmer gezählt, die zur Teilnahme an der Arbeitsgemeinschaft verpflichtet sind oder denen die Teilnahme durch ausdrückliche Verfügung des Behördenleiters gestattet ist.

3. Die Entschädigung wird gewährt, wenn der Arbeitsgemeinschaftsleiter die Tätigkeit bis zum 15. des Monats aufgenommen hat. Ist er nicht nur vorübergehend verhindert, so ist die Zahlung der Entschädigung mit Ablauf des Monats einzustellen, in dem die Verhinderung eintritt. Dem Vertreter ist die Entschädigung für den laufenden Monat zu gewähren, sofern er die Tätigkeit bis zum 15. des Monats aufgenommen hat; anderenfalls ist sie erst mit Beginn des auf die Übernahme der Tätigkeit folgenden Monats zu gewähren. Während des Erholungsurlaubs des Leiters und der Teilnehmer der Arbeitsgemeinschaft wird die Entschädigung weitergewährt.

4. Beamte oder Richter, die nebenamtlich zum Leiter einer einwöchigen Einführungsarbeitsgemeinschaft (§ 23 Abs. 4 JAO) bestellt sind, erhalten für die mit ihrer Tätigkeit verbundenen Aufwendungen jeweils für die Leitung einer Einführungsarbeitsgemeinschaft eine Entschädigung von 170,— D-Mark, wenn sie mindestens ein Drittel des Unterrichts in der Einführungsarbeitsgemeinschaft übernehmen. Die Entschädigung darf nur für die Leitung einer Einführungsarbeitsgemeinschaft gewährt werden.

5. Die Entschädigungen nach Nr. 1 sind monatlich nachträglich, die Entschädigungen nach Nr. 4 jeweils nach Abschluß des Einführungslehrgangs auszuzahlen; sie sind als Aufwandsentschädigungen steuerfrei.

Die Entschädigung nach Nr. 1 und 4 wird bei Beamten, die gleichzeitig Arbeitsgemeinschaftsleiter und Einführungsarbeitsgemeinschaftsleiter sind, nebeneinander gewährt. Die Gesamtentschädigung darf jedoch den Betrag von 250,— DM

monatlich oder im Kalenderjahr 2360,— DM nicht überschreiten.

6. Sonstige Lehrkräfte, die nebenamtlich in einer öffentlich-rechtlichen Arbeitsgemeinschaft oder Einführungsarbeitsgemeinschaft tätig werden erhalten für jede Unterrichtsstunde von 60 Minuten eine Entschädigung von 19,— DM. Dies gilt auch für Lehrkräfte, die gleichzeitig Leiter einer öffentlich-rechtlichen Arbeitsgemeinschaft sind.

Es dürfen nicht übersteigen

a) die Entschädigungen nach Satz 1 monatlich 170,— DM oder im Kalenderjahr 2040,— DM,

b) die Entschädigungen nach Satz 2 monatlich 250,— DM oder im Kalenderjahr 2360,— DM.

7. Die Entschädigungen nach Nr. 6 sind monatlich nachträglich auszuzahlen und nach den steuerrechtlichen Vorschriften zu versteuern.

8. Arbeitsgemeinschaftsleiter, die eine Arbeitsgemeinschaft außerhalb des Geschäftsbereichs ihrer obersten Dienstbehörde leiten, erhalten, sofern und solange sie in einer Übergangszeit noch nicht entlastet sind, an Stelle der Aufwandsentschädigung nach Nr. 1 eine steuerpflichtige Vergütung von 24,75 DM/Unterrichtsstunde (45 Min.). Die Vergütung darf nur für die Leitung einer Arbeitsgemeinschaft gezahlt werden. Sind diese Beamten gleichzeitig Einführungsarbeitsgemeinschaftsleiter, erhalten sie an Stelle der Entschädigung nach Nr. 4 eine steuerpflichtige Vergütung von 120,— DM.

9. Die Vergütung nach Nr. 8 Satz 1 wird halbjährlich nachträglich abgerechnet. Auf die Vergütung werden monatlich Abschläge gezahlt, die  $\frac{1}{3}$  der voraussichtlichen Gesamtvergütung nicht übersteigen dürfen.

Die Vergütung nach Nr. 8 Satz 2 ist jeweils nach Abschluß des Einführungslehrganges auszuzahlen.

10. Die Entschädigung wird von dem Regierungspräsidenten gezahlt, in dessen Bezirk die Arbeitsgemeinschaft oder Einführungsarbeitsgemeinschaft stattfindet (Haushaltsstelle Kap. 03 12 — 427 61).

#### II.

Die vorstehende Neufassung tritt mit Wirkung vom 1. März 1975 in Kraft. Auf Grund der bisherigen Regelung geleistete Zahlungen sind auf die Zahlungen nach diesem Erlaß anzurechnen.

Wiesbaden, 15. 12. 1975

Der Hessische Minister des Innern

I B 5 — 8 e 42

StAnz. 52/1975 S. 2342

1760

#### Anschlußtarifverträge

#### I.

Die Bundesrepublik Deutschland, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände haben folgende Anschlußtarifverträge vereinbart:

#### 1. zum

Einunddreißigsten Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung des Bundes-Angestelltentarifvertrages vom 18. Oktober 1973 (StAnz. 1974 S. 98),

Zweiunddreißigsten Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung des Bundes-Angestelltentarifvertrages vom 16. März 1974 (StAnz. S. 603)

mit

a) der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft am 14. August 1975,

b) dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst am 10. September 1975,

c) dem Marburger Bund am 10. September 1975,

d) der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund am 10. September 1975,

e) der Gewerkschaft der Polizei am 10. September 1975,

f) dem Deutschen Berufsverband der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen e. V. am 18. August 1975,

#### 2. zum

Dreiunddreißigsten Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung des Bundes-Angestelltentarifvertrages vom 12. Juni 1974 (StAnz. S. 1492),

Vierunddreißigsten Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung des Bundes-Angestelltentarifvertrages vom 24. Juli 1974 (StAnz. S. 1827),

Fünfunddreißigsten Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung des Bundes-Angestelltentarifvertrages vom 4. Oktober 1974 (StAnz. S. 2218)

mit

- a) der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft am 18. August 1975,
  - b) dem Deutschen Berufsverband der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen e. V. am 18. August 1975,
  - c) dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst am 27. August 1975,
  - d) der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft am 27. August 1975,
  - e) der Gewerkschaft der Polizei am 27. August 1975,
3. zum Änderungstarifvertrag Nr. 2 vom 12. Juni 1974 zum Tarifvertrag über den Rationalisierungsschutz für Angestellte (StAnz. S. 1503)
- mit
- a) der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft,
  - b) dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst,
  - c) der Gewerkschaft der Polizei,
  - d) dem Deutschen Berufsverband der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen e. V.
- jeweils am 23. Oktober 1975,
4. zum Achten Änderungstarifvertrag vom 19. November 1974 zum Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeitnehmer des Bundes und der Länder sowie von Arbeitnehmern kommunaler Verwaltungen und Betriebe (Versorgungs-TV) vom 4. November 1966 (StAnz. 1975 S. 299) mit
- a) der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands,
  - b) der Gewerkschaft der Polizei,
  - c) dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst,
  - d) der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft
- jeweils am 10. September 1975,
5. zum Manteltarifvertrag für Auszubildende vom 6. Dezember 1974 (StAnz. 1975 S. 176) mit
- a) der Gewerkschaft der Polizei,
  - b) der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft,
  - c) dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst,
- jeweils am 10. September 1975,
6. zum Änderungstarifvertrag Nr. 2 vom 6. Dezember 1974 zum Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen an Auszubildende (StAnz. 1975 S. 331) mit
- a) dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst,
  - b) der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft,
  - c) der Gewerkschaft der Polizei,
- jeweils am 10. September 1975.

## II.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder haben folgende Anschlußtarifverträge vereinbart:

zum Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 16. März 1974 zum Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen der Medizinalassistenten (StAnz. S. 621),

Änderungstarifvertrag Nr. 2 vom 12. Juni 1974 zum Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen der Medizinalassistenten (StAnz. S. 1511)

mit

- a) der Gewerkschaft der Polizei am 14. August 1975,
- b) dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst am 14. August 1975,
- c) dem Marburger Bund am 10. September 1975.

## III.

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände haben am 15. Juli

1975 mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands einen Anschlußtarifvertrag zum

Tarifvertrag über die Bewertung der Personalunterkünfte für Angestellte vom 16. März 1974 (StAnz. S. 604) und zum

Tarifvertrag vom 7. November 1974 zur Änderung des Tarifvertrages über die Bewertung der Personalunterkünfte für Angestellte (StAnz. 1975 S. 1042)

vereinbart.

## IV.

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder hat folgende Anschlußtarifverträge vereinbart:

1. zum

Änderungstarifvertrag Nr. 24 zum MTL II vom 12. Juni 1974 (StAnz. S. 1503),

Änderungstarifvertrag Nr. 25 zum MTL II vom 24. Juli 1974 (StAnz. S. 1924),

Änderungstarifvertrag Nr. 26 zum MTL II vom 7. November 1974 (StAnz. 1975 S. 175) mit

- a) der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund,
  - b) der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands,
  - c) dem Verband Deutscher Straßenwärter,
- jeweils am 8. November 1974,

2. zum

Änderungstarifvertrag Nr. 24 zum MTL II vom 12. Juni 1974 (StAnz. S. 1503),

Änderungstarifvertrag Nr. 25 zum MTL II vom 24. Juli 1974 (StAnz. S. 1924),

Änderungstarifvertrag Nr. 26 zum MTL II vom 7. November 1974 (StAnz. 1975 S. 175),

Änderungstarifvertrag Nr. 27 zum MTL II vom 17. März 1975 (StAnz. S. 1043)

mit

- a) der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft,
  - b) der Gewerkschaft der Polizei,
- jeweils am 18. März 1975.

## V.

Von einer Veröffentlichung der Anschlußtarifverträge und einer nochmaligen Bekanntgabe der in den Abschnitt I bis IV im einzelnen aufgeführten Tarifverträge sehe ich ab.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Wiesbaden, 3. 12. 1975 **Der Hessische Minister des Innern**  
I B 43 — P 2048 A — 20

StAnz. 52/1975 S. 2342

1761

**Träger öffentlicher Belange, die im städtebaulichen Verfahren nach dem Bundesbaugesetz und dem Städtebauförderungsgesetz zu beteiligen sind**

Bezug: Meine Erlasse vom 21. 6. 1974 (StAnz. S. 1226), 15. 9. 1975 (StAnz. S. 1797) und 21. 10. 1975 (StAnz. S. 2203)

Auf Grund der Verordnung über die Bezirke der Industrie- und Handelskammern vom 21. Oktober 1975 (GVBl. S. 242) erhält „Anlage 12, Teil A (Industrie- und Handelskammern)“ zu meinem Erlaß vom 21. Juni 1974 nachstehende Neufassung.

Mit Erlaß vom 15. September 1975 wurde unter dem sachlichen Belang „Öffentliche Sicherheit“ unter b) der Bundesgrenzschutz in das Verzeichnis der Träger öffentlicher Belange aufgenommen.

In der Rubrik „Mittelinstanzen und obere Stellen“ wird gestrichen:

„Grenzschutzkommando Mitte, Kassel, Graf-Bernadotte-Platz 3“

und dafür gesetzt:

„Grenzschutzverwaltung Mitte, Kassel, Graf-Bernadotte-Platz 5“.

Wiesbaden, 8. 12. 1975 **Der Hessische Minister des Innern**  
V A 61 — V A 4 — 61 a 02/07 — 9/75  
StAnz. 52/1975 S. 2343

Anlage 12

**A. Industrie- und Handelskammern**

(Städte und Gemeinden gehören den Kammerbezirken mit ihrem jeweiligen Gebietsstand an)

**I. Regierungsbezirk Darmstadt**

1. Industrie und Handelskammer Darmstadt, Rheinstr. 89, für:  
Stadt Darmstadt sowie die Landkreise Bergstraße, Darmstadt, Dieburg Groß-Gerau und Odenwaldkreis;
2. Industrie- und Handelskammer Dillenburg, Wilhelmstraße 10, für:  
Dillkreis, vom Landkreis Marburg-Biedenkopf die Städte Biedenkopf und Gladenbach sowie die Gemeinden Angelburg, Breidenbach, Dautphetal, Bad Endbach und Steffenberg und vom Landkreis Wetzlar die Gemeinde Bischoffen.
3. Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main, Börsenstraße 8—10, Postfach 3229, für:  
Stadt Frankfurt (Main), Hochtaunuskreis und vom Main-Taunus-Kreis die Städte Bad Soden (Taunus), Eppstein, Eschborn, Flörsheim, Hattersheim, Hofheim (Taunus), Kelkheim und Schwalbach (Taunus) sowie die Gemeinden Altenhain, Ehlhalten, Fischbach, Kriftel, Liederbach, Neuenhain, Rossert, Sulzbach (Taunus) und Vockenhäusen.
4. Industrie- und Handelskammer Friedberg, Goetheplatz 3, für:  
Wetteraukreis und vom Vogelsbergkreis die Stadt Schotten.
5. Industrie- und Handelskammer Gießen, Lonystraße 7, für:  
Stadt Gießen, Landkreis Gießen und Vogelsbergkreis ohne die Stadt Schotten.
6. Industrie- und Handelskammer Hanau — Gelnhausen — Schlüchtern, Hanau, Rathenaustraße 14, für:  
Main-Kinzig-Kreis.
7. Industrie- und Handelskammer Limburg, Waldendorffstraße 7, für:  
Landkreis Limburg-Weilburg.
8. Industrie- und Handelskammer Offenbach am Main, Stadthof 5, für:  
Stadt Offenbach (Main) und Landkreis Offenbach.
9. Industrie- und Handelskammer Wetzlar, Friedenstraße 2, für:  
Landkreis Wetzlar ohne die Gemeinde Bischoffen.
10. Industrie- und Handelskammer Wiesbaden, Wilhelmstraße 24/26, für:  
Stadt Wiesbaden, Rheingaukreis, Untertaunuskreis, und vom Main-Taunus-Kreis die Stadt Hochheim (Main) sowie die Gemeinden Auringen, Breckenheim, Bremthal, Delkenheim, Massenheim, Medenbach, Naurod, Niedernhausen, Nordenstadt, Wallau und Wildsachsen.

**II. Regierungsbezirk Kassel**

1. Industrie- und Handelskammer Fulda, Heinrichstr. 8, Postfach 629, für:  
Landkreis Fulda
2. Industrie- und Handelskammer Kassel, — Koordinierungsbüro — zugleich auch für Handwerkskammer Kassel — Kassel, Ständeplatz 17, für:  
Stadt Kassel, Landkreis Kassel, Hersfeld-Rotenburg, Waldeck-Frankenberg, Marburg-Biedenkopf mit Ausnahme der Städte Biedenkopf und Gladenbach sowie der Gemeinden Angelburg, Breidenbach, Dautphetal, Bad Endbach und Steffenberg, den Werra-Meißner-Kreis und Schwalm-Eder-Kreis.

**1762**

**Organisation und örtliche Zuständigkeit der Schutzpolizei;**  
hier: Wahrnehmung der polizeilichen Aufgaben im Vogelsbergkreis

1. Zum 1. Januar 1976 werden die der Schutzpolizei im Gebiet der Stadt Schlitz obliegenden Aufgaben von dem Polizeikommissariat des Landrats des Vogelsbergkreises wahrgenommen. Zum gleichen Zeitpunkt wird die Polizeistation Schlitz in das Polizeikommissariat des Landrats des Vogelsbergkreises eingegliedert (§ 69 Abs. 1 HSOG).

2. Mein Erlaß vom 26. Juli 1974 (StAnz. S. 1422, 1968), geändert durch Erlasse vom 24. Oktober 1974 (StAnz. S. 2032), 27. März 1975 (StAnz. S. 661) und 23. Oktober 1975 (StAnz. S. 2080) wird insoweit geändert.

3. Der Personalrat der Vollzugspolizei beim Landrat des Vogelsbergkreises hat bei dieser Regelung mitgewirkt (§ 66 Abs. 2 HPVG).

4. In den Gemeinden Schlitz und Schotten werden zum gleichen Zeitpunkt durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt Polizeiposten errichtet (§ 15 Abs. 4 Pol.-OrgVO).

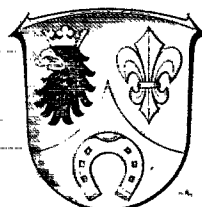
Wiesbaden, 12. 12. 1975

Der Hessische Minister des Innern  
III B 51 — 21 b 02  
StAnz. 52/1975 S. 2344

**1763**

**Genehmigung eines Wappens der Gemeinde Schöneck, Main-Kinzig-Kreis**

Der Gemeinde Schöneck im Main-Kinzig-Kreis, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene und abgebildete Wappen genehmigt worden:



Schöneck

„In Gold vorne ein rotgekrönter schwarzer Adlerkopf, hinten eine rote Lilie, unten in einer aufsteigenden roten Spitze ein goldenes Hufeisen.“

Wiesbaden, 8. 12. 1975

Der Hessische Minister des Innern  
IV A 23 — 3 k 06 — 41/75  
StAnz. 52/1975 S. 2344

**1764**

**Finanzplanung der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv) für den Planungszeitraum 1975 bis 1979**

1. Gemäß § 101 Abs. 2 Satz 2 HGO gebe ich im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister der Finanzen die nachstehenden Orientierungsdaten für die Finanzplanung 1975 bis 1979 der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv) des Landes Hessen bekannt:

Einnahme-Ausgabeart	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %			
	1976	1977	1978	1979
1. Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer	+ 11,5	+ 15,5	+ 16,0	+ 15,5
2. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	+ 3,0	+ 5,5	+ 10,0	+ 7,0
3. Lohnsummensteuer	+ 8,0	+ 10,5	+ 10,5	+ 10,5
4. Grundsteuer A u. B	+ 11,0	+ 6,5	+ 5,0	+ 4,5
5. Sonstige Gemeindesteuern	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
6. Bereinigte Gesamtausgaben Einzelne Zuweisungen des Landes im Kommunalen Finanzausgleich	+ 4,0	+ 5,0	+ 5,5	+ 5,5
7. Schlüsselzuweisungen für Gemeinden u. Gv.	+ 4,5	+ 1,5	+ 10,0	+ 17,0
8. Schullastenausgleich	- 4,5	- 2,0	+ 22,5	+ 17,5
9. Grunderwerbsteuer	+ 6,0	+ 7,0	+ 5,0	+ 5,0

1.1 Hierzu gebe ich folgende Erläuterungen:  
Die Steuerschätzungen beruhen auf dem Erkenntnisstand des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 21. bis 23. August 1975. Bei den Realsteuern sind Hebesatzerhöhungen außer Betracht geblieben. Die Auswirkungen der von der Bundesregierung am 10. September 1975 beschlossenen Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltsstruktur sind nicht berücksichtigt.



Bereinigte Gesamtausgaben sind die gesamten Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts abzüglich der internen Verrechnungen (Erstattungen zwischen den Verwaltungszweigen, kalkulatorische Kosten, Zuführungen zwischen Vermögens- und Verwaltungshaushalt), Fehlbetragsabdeckung, Rücklagenzuführungen, Tilgungsausgaben für Kreditmarktschulden sowie Zuweisungen an andere Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv). Ohne die Bereinigung können sich andere Zuwachsraten ergeben.

- 1.2 Die in der Tabelle aufgeführten Orientierungsdaten sind lediglich Durchschnittswerte für den Bereich des Landes und damit nur Anhaltspunkte für die gemeindliche Finanzplanung. Bei der Planung der Einnahmen und Ausgaben können die strukturellen Unterschiede in der Aufgabenstellung und die besondere Finanzlage der einzelnen Körperschaften zu Ergebnissen führen, die von den Orientierungsdaten abweichen. Es ist daher Aufgabe der einzelnen Gebietskörperschaften, diese Durchschnittswerte entsprechend den örtlichen Gegebenheiten umzusetzen.
- 1.3 Für Investitionshilfen verzichte ich ebenso wie in den Vorjahren auf die Bekanntgabe von Orientierungsdaten, weil sie je nach Art der vorgesehenen Maßnahmen entsprechend den Landesrichtlinien gewährt werden und zudem nicht allen Gebietskörperschaften zugute kommen. Aus ähnlichen Überlegungen wird auch davon abgesehen, Daten über die voraussichtliche Entwicklung der Bedarfszuweisungen und Sonderlastenausgleiche mit Ausnahme des Schullastenausgleichs bekanntzugeben.
- 1.4 Auf die Bekanntgabe von Orientierungsdaten für die Personalkostenentwicklung wird wegen der unsicheren Beurteilungskriterien verzichtet. Die nachhaltig veränderten gesamt- und finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen erfordern indessen in den kommenden Jahren eine spürbare Drosselung des Anstiegs der Personalkosten für den öffentlichen Dienst.
2. Bezüglich Form und Inhalt der Finanzpläne gilt Nr. 3 meines Erlasses vom 7. September 1973 (StAnz. S. 1660) mit dem dort als Anlage 1 veröffentlichten Muster.
3. Sondervermögen, die nicht im Haushalt der Gemeinde besonders ausgewiesen werden (§ 115 Abs. 1 Nr. 3 und 4 HGO), werden wie in den Vorjahren gemäß § 118 HGO vorerst von den Verpflichtungen des § 101 HGO freigestellt; § 17 Abs. 6 des Eigenbetriebsgesetzes vom 9. März 1957 (GVBl. S. 19) bleibt unberührt.
4. Für Gemeinden und Gemeindeverbände, deren Gebietsstand sich am 1. Januar 1977 wesentlich ändert, ergeht besonderer Erlaß.
5. Die Ergebnisse der Finanzplanung sind dem Hessischen Statistischen Landesamt mitzuteilen. Die Aufforderung hierzu und die Erhebungspapiere werden von dort in Kürze versandt.
6. Neben den unter Nr. 1 genannten Daten zu einzelnen Finanzplanungspositionen gilt für den kommenden Planungszeitraum allgemein folgendes:
- 6.1 Gemeinden und Gemeindeverbände haben neben Bund und Ländern bei ihrer Haushaltswirtschaft den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Dies bedeutet im Rahmen einer mittelfristigen Finanzperspektive für alle Gebietskörperschaften eine Begrenzung des kommunalen Ausgabenwachstums im Jahre 1976 gegenüber 1975 auf maximal 4% und 1977 bis 1979 auf durchschnittlich jährlich etwa 5,5%. Die Überschreitung der angesetzten Wachstumsmargen führt zu einer Ausweitung des öffentlichen Kreditbedarfs, der bei den unterstellten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht ohne Gefährdung von Beschäftigung und Preisstabilität gedeckt werden kann und wegen der hohen Zinsfolgelasten die finanzwirtschaftlichen Probleme verschärft.
- 6.2 Im Interesse einer Konsolidierung der gemeindlichen Finanzen bitte ich künftig bei der Haushaltswirtschaft folgendes zu beachten:
- 6.2.1 Freiwillige Leistungen sind unter Anlegung strenger Maßstäbe zu überprüfen und abzubauen. Dies gilt

insbesondere für freiwillige Leistungen auf dem Personalsektor.

- 6.2.2 Grundsätzlich sollten keine neue Planstellen geschaffen werden, freiwerdende Planstellen daraufhin überprüft werden, ob sie ganz oder teilweise eingespart oder herabgestuft werden können und Planstellen nur gehoben werden, wenn ein Rechtsanspruch besteht.
- 6.2.3 Investitionen sind sorgfältig zu planen und vorzubereiten, daß keine unvorhergesehenen Kosten entstehen; als förderungsfähig festgestellte Baukosten sollten in der Regel nicht überschritten werden.
- 6.2.4 Alle Einnahmequellen sind rechtzeitig und vollständig auszuschöpfen. Das gilt sowohl für die Erhebung von Entgelten für Leistungen im öffentlich-rechtlichen Bereich (Gebühren, Beiträge) als auch bei privatrechtlichen Entgelten (z. B. Mieten, Pachten). Steuererhöhungen sollten entsprechend § 93 HGO erst dann in Betracht gezogen werden, wenn alle Einsparmöglichkeiten auf der Ausgabenseite wahrgenommen und kostendeckende Entgelte erhoben werden.
- 6.3 Bei der Planung von kommunalen Investitionen sollte intensiver geprüft werden, ob die Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt einer geordneten Haushaltswirtschaft und der Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung überhaupt oder vom Umfang her vertretbar sind. Hierbei muß insbesondere den Folgekosten, die mit der Schaffung von neuen Einrichtungen verbunden sind, größere Beachtung geschenkt werden. Mittel, die im Rahmen von staatlichen Förderungsprogrammen zur Verfügung gestellt werden, sind daher vorrangig in Anspruch zu nehmen.
- 6.4 Aus gegebenem Anlaß weise ich darauf hin, daß nach § 92 Abs. 3 HGO der Haushalt in jedem Haushaltsjahr ausgeglichen sein soll. Sollvorschriften sind grundsätzlich ebenso verbindlich wie Mußvorschriften. Es kann nicht erwartet werden, daß Deckungslücken in den kommunalen Haushalten durch Zuweisungen aus dem Landesausgleichsstock ausgeglichen werden können. Die Veranschlagung von Zuweisungen aus dem Landesausgleichsstock ohne Bewilligungsbescheid ist unzulässig.
- Sollten trotzdem im Einzelfall den Aufsichtsbehörden unausgeglichene Haushalte vorgelegt werden, bitte ich sie, unter Anlegung besonders strenger Maßstäbe zu prüfen, ob der Ausgleich trotz äußerster Sparsamkeit und Ausschöpfung aller Einnahmemöglichkeiten unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften und vorstehender Grundsätze nicht erreicht werden konnte. Ich bitte die Aufsichtsbehörden ferner, in solchen Fällen die Genehmigung zu genehmigungsbedürftigen Teilen der Haushaltssatzung nur unter der Bedingung zu erteilen, daß der Fehlbedarf durch Maßnahmen, die ihr nach der Prüfung als geeignet erscheinen, beseitigt oder so weit wie möglich vermindert wird. Im übrigen sind meine Verwaltungsvorschriften zu den §§ 102, 103 und 105 HGO anzuwenden.
7. Die Aufsichtsbehörden werden gebeten, die ihrer Aufsicht unterstehenden Gemeinden und Gemeindeverbände entsprechend zu unterrichten.

Wiesbaden, 19. 12. 1975

Der Hessische Minister des Innern  
IV B 15 — 33 c 020/030  
StAnz. 52/1975 S. 2344

1765

**Beschaffung von Personenstandsunterlagen und anderen Personalunterlagen aus der UdSSR**

In obiger Angelegenheit setze ich meinen Runderlaß vom 8. 5. 1969 (StAnz. S. 850) wieder in Kraft und verweise auf den ergänzenden Erlaß vom 20. 11. 1975 (StAnz. S. 2201).

Wiesbaden, 16. 12. 1975

Der Hessische Minister des Innern  
II 41 — 25 h 04/29 — 2/75 — 3  
StAnz. 52/1975 S. 2345

1766

## Der Hessische Minister der Finanzen

An die  
Oberfinanzdirektion  
— Landesvermögens- und -bauabteilung —  
6000 Frankfurt (Main)

**Verwaltungsabkommen über die Durchführung von Baumaßnahmen der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten belgischen Streitkräfte gemäß Art. 49 ZA NTS — ABG 1975 —**

Bezug: BMBau vom 26. 9. 1975 (MinBl.Fin. S. 619)

Gemäß Artikel 41 der ABG 1975 ist das Verwaltungsabkommen für die Durchführung von Baumaßnahmen der in der Bundesrepublik stationierten belgischen Streitkräfte mit Wirkung vom 1. Oktober 1975 in Kraft getreten. Ich bitte, die Weisungen des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau im Bezugsschreiben und die Erläuterungen in den Begleitschreiben zum Abkommen zu beachten.

Die ABG 1975 regeln in Kapitel III das Verfahren bei den Baumaßnahmen, die von den Streitkräften im Wege des Truppenbaus oder durch Direktvergabe durchgeführt werden sollen. Die Beteiligung der deutschen Bauverwaltung entspricht dabei im wesentlichen dem Verfahren nach Abschnitt V der Truppenbauvereinbarung (amerik.) 1970. Auf die Verfahrenshinweise zu dieser Truppenbauvereinbarung (Erlaß vom 7. 9. 1971 — StAnz. S. 1604) weise ich hin und bitte, sie ggf. sinngemäß zu beachten.

Wiesbaden, 5. 11. 1975

Der Hessische Minister der Finanzen  
B 1600 — 3 — V A 41

StAnz. 52/1975 S. 2346

1767

An die  
Oberfinanzdirektion  
— Landesvermögens- und Bauabteilung —  
6000 Frankfurt (Main)

## Hochschulbau;

hier: Forderungskatalog zur Standardisierung — Fassung Juli 1975

Die fortschreitende Entwicklung im Hochbau, vor allem neue Anforderungen qualitativer und konstruktiver Art in den Bereichen Schall- und Brandschutz, machen eine Fortentwicklung des Forderungskataloges notwendig.

Die LAG-Hochbau hat eine neue Fassung des Forderungskataloges erarbeitet und seine Einführung in den Länderverwaltungen beschlossen. Diese neue Fassung vom Juli 1975 wird für alle in den Anwendungsbereich des Forderungskataloges fallenden Neuplanungen von Hochschulbauten ab sofort verbindlich. Der Anwendungsbereich ist auf Seite 4, Absatz 2, des Forderungskataloges näher beschrieben.

Wegen der Parallelität funktioneller und qualitativer Anforderungen bei einer großen Zahl der Bauaufgaben in der Staatsbauverwaltung sollen sich die Standardisierung der Planungsprinzipien und die Normung der Anforderungen einem möglichst breiten Bedarf zuordnen. Die Bauaufgabe Hochschulbau stellt in diesem Sinne keine isolierte Aufgabe dar.

Aus diesem Grunde bitte ich den Anwendungsbereich des Forderungskataloges zukünftig auch auf geeignete Baumaßnahmen außerhalb des Hochschulbaues (z. B. sonstige Institutsbauten, größere Verwaltungsbauten) auszudehnen, so-

fern nicht anderslautende Bestimmungen im Einzelfall dem entgegenstehen.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den fast gleichlaufenden Forderungskatalog zur Standardisierung im Schulbau, der 1973 als Planungsrichtlinie für Schulbauten eingeführt wurde (Erlaß vom 24. 8. 1973 — StAnz. S. 1665).

Der Forderungskatalog enthält Grundprinzipien zur Förderung der Industrialisierung im Bauwesen, ohne dabei Festlegungen von bestimmten Bauweisen und Einzelheiten der Ausführungsart zu treffen. Ich betone deshalb, daß der Forderungskatalog keine Festschreibung von Standards darstellt und auch so wenig wie möglich festgelegt, um den notwendigen Freiraum für die Planungs- und Gestaltungsmöglichkeiten sowie den Wettbewerb unter den Anbietern nicht einzuengen.

Der Beachtung der Grundprinzipien haben sich Einzelheiten des Kataloges unterzuordnen. Dieser Fall kann beispielsweise bei den Schallschutzanforderungen in untergeordneten Räumen eintreten. Bei Innenwandelementen ist eine Forderung nach Versetzbarkeit keine unabdingbare Voraussetzung. Diese richtet sich ausschließlich nach funktionellen Erfordernissen und dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit. Flexibilität und Variabilität sind im Sinne des Forderungskataloges wesentlich als Mittel zur Neutralität und Austauschbarkeit in der Funktionsplanung zu verstehen.

Für die Anforderung an die Wärmedämmung (Ziff. 5.2.1.6.) gelten die Einzelheiten meines Erlasses zur Einsparung von Energie bei Baumaßnahmen des Landes vom 11. 12. 1974 (StAnz. 1975 S. 95), der im übrigen die Zielsetzung des Forderungskataloges in bauphysikalischer und energiepolitischer Hinsicht unterstützt.

Wiesbaden, 3. 12. 1975

Der Hessische Minister der Finanzen  
0 6015 — 1 — V A 3

StAnz. 52/1975 S. 2346

1768

## Richtlinien für Kantinen bei Dienststellen des Landes Hessen

Bezug: Mein Erlaß vom 17. 12. 1965 (StAnz. 1966 S. 13)

Mein o. g. Erlaß wird mit Wirkung vom 1. Januar 1976 neu in Kraft gesetzt. Dies gilt nicht für Nr. 16 der Richtlinien, zuletzt geändert durch meinen Erlaß vom 10. November 1970 (StAnz. S. 2292).

Eine Neufassung der Nr. 16 auf Grund des Beschlusses des Hessischen Landtags vom 10. Dezember 1975 ist in Vorbereitung.

Wiesbaden, 16. 12. 1975

Der Hessische Minister der Finanzen  
H 1000/76 — III A 1 a

StAnz. 52/1975 S. 2346

1769

## Ausbildung der Anwärter des mittleren und des gehobenen Dienstes in der Allgemeinen Staatlichen Kassenverwaltung

Der Erlaß vom 12. November 1969 (StAnz. S. 2009) wird neu in Kraft gesetzt.

Wiesbaden, 12. 12. 1975

Der Hessische Minister der Finanzen  
P 3100 A — 14 — I A 12

StAnz. 52/1975 S. 2346

1770

## Der Hessische Kultusminister

## Allgemeine Genehmigung der Ortskirchensteuerbeschlüsse für die Rechnungsjahre 1976, 1977 und 1978 der Diözese Fulda

Gemäß § 7 Abs. 2 des Gesetzes über die Erhebung von Steuern durch die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im Lande Hessen (Kirchensteuergesetz) in der Fassung vom 25. September 1968 (GVBl. I S. 268) genehmige ich

für die Rechnungsjahre (Kalenderjahre) 1976, 1977 und 1978 allgemein alle Kirchensteuerbeschlüsse der Kirchengemeinden der Diözese Fulda, die als Ortskirchensteuer die Erhebung einer Abgabe nach den Grundsteuermaßbeträgen und/oder die Erhebung eines Kirchgeldes vorsehen, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

1. Die Abgabe nach den Grundsteuermeßbeträgen kann bis zu der Höhe wie sie in den vorausgegangenen Jahren allgemein genehmigt war (20% der Meßbeträge der Grundsteuer) erhoben werden.
  2. Das Kirchgeld kann
    - a) als festes Kirchgeld bis zum Höchstbetrag von 12,— DM jährlich erhoben werden, oder
    - b) als gestaffeltes Kirchgeld nach der Höhe der Einkünfte oder Bezüge oder des zur Einkommensteuer herangezogenen Einkommens oder nach anderen festen Maßstäben festgesetzt werden, wobei der Mindestsatz 6,— D-Mark, der Höchstsatz 60,— DM jährlich nicht übersteigen darf.
- Ländliche Kirchengemeinden können anstelle einer Ortskirchensteuer, die als Abgabe nach dem Grundsteuermeß-

beträgen erhoben wird, ein angemessenes gestaffeltes, nach festen und gleichmäßigen Grundsätzen festgestelltes Kirchgeld erheben, das an die Höchstgrenze von 60,— DM nicht gebunden ist, jedoch 600,— DM jährlich nicht übersteigen darf.

Ssteuerbeschlüsse, die über die unter Ziff 1. und 2. genannten Sätze hinausgehen, bedürfen der Genehmigung im Einzelfall, die unter Vorlage des Haushaltsplanes nach Zustimmung der kirchlichen Aufsichtsbehörde beim Regierungspräsidenten zu beantragen ist.

Wiesbaden, 10. 12. 1975

**Der Hessische Kultusminister**

V C 5.2 — 873/6/4 — 5

StAnz. 52/1975 S. 2346

1771

### Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik

**Änderung der Anschriften und Fernsprechnummern des Katasteramtes — Außenstelle — Rüsselsheim und des Katasteramtes — Limburg (Lahn)**

Ab sofort gelten folgende Anschriften und Fernsprechnummern:

1. Katasteramt — Außenstelle —, 6090 Rüsselsheim, Frankfurter Straße 12, Fernsprechnummer 6 33 66;

2. Katasteramt Limburg (Lahn), neue Fernsprechnummer: 2 40 74.

Wiesbaden, 12. 12. 1975

**Hessisches Landesvermessungsamt**

K 1000 B — 540 — Z 21

StAnz. 52/1975 S. 2347

1772

### Der Hessische Sozialminister

**Sachliche Zuständigkeit in Angelegenheiten der Kriegsoferversorgung**

Bezug: Mein Erlaß vom 6. 2. 1970 (StAnz. S. 462), geändert durch Erlaß vom 1. 2. 1971 (StAnz. S. 340)

Meinen Erlaß vom 6. Februar 1970 ändere ich wie folgt:

1. Abschnitt I Nr. 4 wird bei § 17 der Buchstabe a gestrichen, ferner wird der Betrag von bisher 1500 DM auf 2500 DM erhöht.
2. In Abschnitt I Nr. 5 wird der Betrag von bisher 4000 DM auf 5000 DM erhöht. Außerdem werden die Worte „nach Absatz 2 Satz 3“ in „nach Absatz 2 Satz 4“ geändert.
3. In Abschnitt I Nr. 6 wird der Betrag von bisher 2000 DM auf 4000 DM erhöht.
4. In Abschnitt II Nummer 3, 4, 7, 8, 9 und 10 wird der Betrag von bisher 2000 DM auf 3500 DM erhöht.
5. In Abschnitt II Nr. 6 wird bei § 17 der Buchstabe a gestrichen.
6. In Abschnitt II Nr. 8 werden die Worte „nach Absatz 2 Satz 3“ in „nach Absatz 2 Satz 4“ geändert.
7. In Abschnitt II Nr. 11, Buchstabe a, wird nach dem Wort „Hirnbeschädigte“ eingefügt: ausgenommen nach dem

Bundes-Seuchengesetz versorgte Hirnbeschädigte, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,

8. In Abschnitt II Nummern 13 und 19 wird der Betrag von bisher 300 auf 1000 DM erhöht.

Wiesbaden, 24. 11. 1975

**Der Hessische Sozialminister**

M — I A 5 — 5400

StAnz. 52/1975 S. 2347

1773

**Änderung der Anschrift und der Rufnummer des Sozialgerichts Frankfurt (Main)**

Das Sozialgericht Frankfurt (Main) ist am 17. Dezember 1975 von der Adickesallee 36 in die Mainzer Landstraße 48 umgezogen und ist ab sofort unter der Rufnummer (0611) \*72 21 51 bis 53 zu erreichen.

Darmstadt, 11. 12. 1975

**Der Präsident**

**des Hessischen Landesozialgerichts**

StAnz. 52/1975 S. 2347

1774

### Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt

**Richtlinien für die Gewährung von Beihilfen zur Schutzimpfung von Weiderindern und Weidepferden gegen Tollwut**

Der nachstehende Vorstandsbeschuß der Hessischen Tierseuchenkasse vom 8. Oktober 1975 wird gemäß § 5 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Viehseuchengesetz in der Fassung vom 9. August 1973 (GVBl. I S. 334) genehmigt.

„Zu den Kosten einer nachgewiesenen, freiwilligen Impfung gegen Tollwut von Rindern und von Einhufern, die auf Weiden aufgetrieben werden sollen, erhalten die Tierbesitzer auf Antrag eine Beihilfe von 7,— DM für jedes geimpfte Tier. Voraussetzung für die Gewährung der Beihilfe ist, daß die Tierbesitzer eine beabsichtigte Tollwut-Schutzimpfung dem zuständigen Amtstierarzt vorher mitteilen und der Amtstierarzt der Impfung zustimmt.“

Die Anträge auf Auszahlung der Beihilfe sind formlos unter Beifügung der Rechnungen der Impftierärzte oder einer Bescheinigung, aus der der Tag der Impfung und die Anzahl der geimpften Tiere hervorgeht, dem zuständigen staatlichen Veterinäramt einzureichen, das sie an die hessische Tierseuchenkasse in Wiesbaden weiterleitet.“

Diese Regelung gilt ab 1. 1. 1975. Die Vorstandsbeschlüsse vom 12. 5. 1971 (StAnz. S. 974) und vom 9. 6. 1975 (StAnz. S. 1770) sind damit gegenstandslos geworden.

Wiesbaden, 25. 11. 1975

**Der Hessische Minister**

**für Landwirtschaft und Umwelt**

VI A 1 — 19 a 28/09

StAnz. 52/1975 S. 2347

1775

**Ergänzende Vorschriften zur Regelung viehseuchenrechtlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handel mit Rindern und Schweinen;**

hier: Änderung von Vorschriften

Bezug: Erlaß vom 8. August 1972 (StAnz. S. 1559)

Durch § 20 der am 16. Februar 1976 in Kraft tretenden Schweinepest-Verordnung vom 12. November 1975 (BGBl. I S. 2852) ist die Verordnung über Sperrbezirke bei Maul- und Klauenseuche und Schweinepest vom 10. Juni 1972 (BGBl. I S. 1559) hinsichtlich der sich auf die Schweinepest beziehenden Vorschriften geändert worden.

1. Nr. 2 Schweinepest erhält folgende Fassung:

Dies macht folgende Änderungen des Bezugserrlasses erforderlich:

„Die in der EWG-Richtlinie gestellten Anforderungen hinsichtlich der Schweinepest können dann bescheinigt werden, wenn nach der Sperre des Bestands und der Bildung des Sperrbezirks (§ 14 Abs. 1) die Vorschriften des § 18 Abs. 2 der Schweinepest-Verordnung erfüllt sind.“

2. Nr. 3 Ansteckende Schweinelähmung (Teschener Krankheit) erhält folgende Fassung:

„Die in der EWG-Richtlinie gestellten Anforderungen können hinsichtlich der ansteckenden Schweinelähmung dann bescheinigt werden, wenn nach der Sperre des Bestands und der Bildung des Sperrbezirks (§ 1 Abs. 1 Satz 1) die Vorschriften des § 1 Abs. 1 Satz 2 des Sperrbezirks-Verordnung erfüllt sind.“

3. In Nr. 6 werden Worte „sowie §§ 271 bis 273 BAVG und die entsprechenden landesrechtlichen Vorschriften“ gestrichen. Dieser Erlaß tritt am 16. Februar 1976 in Kraft.

Wiesbaden, 28. 11. 1975

Der Hessische Minister  
für Landwirtschaft und Umwelt  
VI A 3 — 19 b 22/05 — 2419/75  
StAnz. 52/1975 S. 2348

1776

**Bekämpfung der Tollwut;**

hier: Änderung von Vorschriften

Bezug: Erlaß vom 13. August 1970 (StAnz. S. 1788), geändert durch Erlaß vom 12. Dezember 1974 (StAnz. 1975 S. 234)

Auf Grund der Anlage 1 zur 2. Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutz gegen die Tollwut vom 7. November 1975 (BGBl. I S. 2851) ist auch eine Änderung der Verordnung über die zuständigen Behörden nach der Verordnung zum Schutz gegen die Tollwut vom 7. August 1970 (GVBl. I S. 544), geändert durch die Verordnung vom 11. Dezember 1974 (GVBl. I S. 638), und des Bezugserrlasses erforderlich. Aus Gründen der Zweckmäßigkeit habe ich die Zuständigkeitsverordnung neu gefaßt (Anlage 2\*).

Der Bezugserrlaß wird wie folgt geändert:

1. In Buchst. A werden

a) in Nr. 1.2 nach den Worten „geändert durch die Verordnung vom 7. November 1974 (BGBl. I S. 3133)“ folgende Worte eingefügt:

„und die Verordnung vom 7. November 1975 (BGBl. I S. 2851)“  
und

b) Nr. 2 wie folgt gefaßt:

„2. Die jeweils zuständigen Behörden nach der Verordnung unter Nr. 1.2 sind mit der Verordnung vom 27. November 1975 (GVBl. I S. 279) bestimmt worden.“

2. In Buchst. B werden eingefügt:

a) nach der Fundstellenangabe „BGBl. I S. 289“ die Worte „zuletzt geändert durch die Verordnung vom 7. November 1975 (BGBl. I S. 2851)“,

b) in Nr. 3 nach der Zahl „7“ und vor dem Wort „und“ ein Komma und die Zahl „13“ sowie

c) folgende Nr. 3.9

„3.9 Von der Befugnis (§ 39 Abs. 2 Satz 3 VG), statt der Tötung die Einsperrung und amtliche Beobachtung anzuordnen, sollte i. d. R. bei nachweislich gegen Tollwut geimpften Hunden Gebrauch gemacht werden; hierzu ist u. a. eine Ausnahmegenehmigung nach § 1 Abs. 2 Nr. 3 erforderlich. Der Nachweis der Impfung ist durch tierärztliche Bescheinigung zu erbringen; Nr. 2.1 Buchst. b zu § 2 gilt entsprechend. Die ansteckungsverdächtigen Hunde sind unverzüglich auf Kosten des Besitzers durch den beamteten Tierarzt oder einen anderen Tierarzt zu revakzinieren; wird die Impfung nicht durch den beamteten Tierarzt durchgeführt, ist sie diesem unverzüglich nachzuweisen. Die Hunde sind für die vorgeschriebene Dauer der Einsperrung auf dem Grundstück oder im Wohnbereich des Besitzers ständig so eingesperrt zu halten, daß sie mit Sicherheit nicht entweichen können; ist dies nicht zu gewährleisten, sind die Hunde anzuleinen. Eine Entfernung von dem Grundstück ist nur für kurze Zeit (z. B. zum Ausführen oder zur Mitnahme auf kurze Spaziergänge) und unter der Auflage zu gestatten, daß die Hunde stets an der Leine geführt werden. Nr. 3.4 gilt entsprechend.“

Wiesbaden, 28. 11. 1975 Der Hessische Minister  
für Landwirtschaft und Umwelt  
VI A 3 — 19 b 26/49 — 3423/75  
StAnz. 52/1975 S. 2348

1777

**Bekämpfung der ansteckenden Schweinelähmung (Teschener Krankheit);**

hier: Änderung viehseuchenrechtlicher Vorschriften

Mit dem Inkrafttreten der Verordnung zum Schutz gegen die Schweinepest (Schweinepest-Verordnung) vom 12. November 1975 (BGBl. I S. 2852) am 16. Februar 1976 treten folgende Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die die Bekämpfung der ansteckenden Schweinelähmung (Teschener Krankheit) betreffen, außer Kraft:

1. Abschnitt II Nr. 9 der Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Viehseuchengesetz vom 7. Dezember 1911 (RGBl. 1912 S. 3), zuletzt geändert durch die Deckinfektionen-Verordnung-Rinder vom 13. Juni 1975 (BGBl. I S. 1307).

2. Viehseuchenpolizeiliche Anordnung zum Schutze gegen die Schweinepest und die ansteckende Schweinelähme (Teschener Krankheit) vom 27. Dezember 1940 (RANz. Nr. 305), geändert durch Verordnung vom 19. Dezember 1941 (RANz. 1942 Nr. 3).

3. Runderlaß des Reichsministers des Innern, betreffend Bekämpfung der Schweinepest und ansteckende Schweinelähme (Teschener Krankheit) vom 22. Mai 1940 (MinBl. des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern 1940 S. 1011).

4. Runderlaß des Reichsministers des Innern, betreffend Bekämpfung der ansteckenden Schweinelähme, vom 2. Mai 1941 (MinBl. des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern 1941 S. 818).

5. Verordnung zum Schutz gegen die Schweinepest und die ansteckende Schweinelähme vom 17. März 1972 (GVBl. I S. 94).

Zur Bekämpfung der ansteckenden Schweinelähme (Teschener Krankheit) gelten folgende Vorschriften:

1. §§ 9 und 10 des Viehseuchengesetzes.

2. Verordnung über Sperrbezirke bei Maul- und Klauenseuche und Schweinepest vom 10. Juni 1972 (BGBl. I S. 886), geändert durch die Schweinepest-Verordnung vom 12. November 1975 (BGBl. I S. 2852).

3. Erlaß vom 8. August 1972 (StAnz. S. 155), geändert durch Erlaß vom 28. November 1975 (StAnz. S. 2348).

Amtliche Anordnungen im Falle des Ausbruchs und zur Bekämpfung dieser Seuche richten sich nach § 79 Abs. 4 und § 18 ff. des Viehseuchengesetzes.

Dieser Erlaß tritt am 16. Februar 1976 in Kraft.

Wiesbaden, 2. 12. 1975 Der Hessische Minister  
für Landwirtschaft und Umwelt  
VI A 3 — 19 b 26/05 — 3428/75  
StAnz. 52/1975 S. 2348

\*) hier nicht veröffentlicht.

**1778****Ungültigkeitserklärung eines in Verlust geratenen Dienstausweises für Forstbeamte**

Der vom Regierungspräsidenten in Darmstadt am 18. Oktober 1972 für den Revierförster Kurt Seibert, geb. am 22. 9. 1930, ausgestellte Dienstausweis Nr. 1120 ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 2. 12. 1975

**Der Hessische Minister  
für Landwirtschaft und Umwelt**  
III A 1 — 2543 — B 15  
StAnz. 52/1975 S. 2349

**1779****Neuorganisation der Hess. Staatsforstverwaltung im Landkreis Waldeck-Frankenberg;**

hier: Umbenennung des Forstamtes Wolkersdorf

Bezug: Erlaß vom 23. 10. 1974 (StAnz. S. 2055)

Mit Erlaß vom 3. Dezember 1975 — III A 1 — 2710 — O 02 — (n. v.) habe ich die Umbenennung des Forstamtes Wolkers-

dorf in „Hess. Forstamt Burgwald“ mit Wirkung vom 1. 1. 1976 angeordnet.

Wiesbaden, 3. 12. 1975

**Der Hessische Minister  
für Landwirtschaft und Umwelt**  
III A 1 — 2710 — O 02

StAnz. 52/1975 S. 2349

**1780****Neugliederung der Hess. Staatsforstverwaltung im Wetteraukreis;**

hier: Auflösung der Revierförsterei Ober-Widdersheim im Forstamt Nidda

Mit Erlaß vom 3. Dezember 1975 — III A 1 — 2692 — O 02 — (n. v.) habe ich die Auflösung der Revierförsterei Ober-Widdersheim im Hess. Forstamt Nidda mit Wirkung vom 1. November 1975 angeordnet.

Wiesbaden, 3. 12. 1975

**Der Hessische Minister für  
Landwirtschaft und Umwelt**  
III A 1 — 2692 — O 02

StAnz. 52/1975 S. 2349

**1781****Personalnachrichten**

Es sind

**C. Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern****Regierungspräsident in Darmstadt**

ernannt:

zum **Kriminalhauptkommissar** Kriminaloberkommissar (BaL) Bodo Doering (22. 10. 1975);zu **Polizeihauptkommissaren** die Polizeioberkommissare (BaL) Helmut Heck (21. 10. 1975), Peter Lippert, Lothar Kurt Arno Thieme (beide 27. 10. 1975);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe A 12 **Polizeihauptkommissar** (BaL) Karl Alois Kaufmann (31. 10. 1975);in den **Ruhestand** getreten:die **Polizeihauptkommissare** (BaL) Bruno Wilhelm Artur Simon, Johann Zahrt (beide 30. 9. 1975);**Regierungspräsident in Kassel**

ernannt:

zum **Kriminaloberrat** Kriminalrat (BaL) Dieter Ferdinand Kusan (9. 10. 1975);zum **Ersten Polizeihauptkommissar** Polizeihauptkommissar (BaL) Alfred Walter Meißner (8. 10. 1975);zum **Kriminalhauptkommissar** Kriminaloberkommissar (BaL) Wolf Paul Neugebauer (31. 10. 1975);zu **Polizeihauptkommissaren** die Polizeioberkommissare (BaL) Burkhard Löper (8. 10. 1975), Werner Grimm, Axel Frauke (beide 31. 10. 1975);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe A 12 die **Polizeihauptkommissare** (BaL) Winfried Otto Knapp (8. 10. 1975), Arno Becker (31. 10. 1975);in den **Ruhestand** getreten:die **Polizeihauptkommissare** (BaL) Helmut Hans Schmid, Kurt Steuer (beide 30. 9. 1975);**Polizeipräsident in Darmstadt**

ernannt:

zum **Kriminalrat** Kriminalhauptkommissar (BaL) Helmut Wiese (30. 10. 1975);zum **Polizeirat** Polizeihauptkommissar (BaL) Georg Hahn (22. 10. 1975);zu **Kriminalhauptkommissaren** die Kriminaloberkommissare (BaL) Heiner Jerofsky, Hans Dieter Schmidt (beide 8. 10. 1975);zur **Kriminalhauptkommissarin** Kriminaloberkommissarin (BaL) Ingeborg Walter (31. 10. 1975);zum **Amtmann** Oberinspektor (BaL) Georg Nitsch (21. 10. 1975);**Polizeipräsident in Frankfurt (Main)**

ernannt:

zu **Polizeioberräten** die Polizeiräte (BaL) Günter Kurt Albrecht, Friedrich Köhne (beide 22. 10. 1975);zum **Kriminalrat** Kriminalhauptkommissar (BaL) Wolf-Kindermann (28. 10. 1975);zu **Polizeiräten** die Polizeihauptkommissare (BaL) Wolfhard Hoffmann, Volker Wellhausen (beide 28. 10. 1975);zu **Ersten Polizeihauptkommissaren** die Polizeihauptkommissare (BaL) Paul Stange, Leo Zielinski (beide 29. 10. 1975);zu **Kriminalhauptkommissaren** die Kriminaloberkommissare (BaL) Manfred Fabiunke, Siegfried Otto Heintze, Gerd Peter Joachim Hofmann, Helmut Voigt (sämtlich 22. 10. 1975), Peter Frerichs (23. 10. 1975), Heinz Bachmann, Manfred Behrens (beide 30. 10. 1975);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe A 12 **Kriminalhauptkommissar** (BaL) Hans Jürgen Rabenstein (13. 10. 1975);die **Polizeihauptkommissare** (BaL) Gerhard Peter Ganz, Dietmar Kühn (beide 29. 10. 1975);in den **Ruhestand** getreten:die **Ersten Polizeihauptkommissare** (BaL) Karl Marx, Otto Rudolf Fritz Scheidecker (beide 30. 9. 1975);**Polizeipräsident in Kassel**

ernannt:

zum **Ersten Polizeihauptkommissar** Polizeihauptkommissar (BaL) Fritz Peter Hermann Focke (31. 10. 1975);zum **Polizeihauptkommissar** Polizeioberkommissar (BaL) Rolf Reitmaier (31. 10. 1975);in den **Ruhestand** getreten;Erster **Polizeihauptkommissar** (BaL) Heinrich Hans Gombert (30. 9. 1975);**Polizeipräsident in Offenbach (Main)**

ernannt:

zum **Kriminaloberrat** Kriminalrat (BaL) Rainer Schmid (28. 10. 1975);

zum **Ersten Polizeihauptkommissar** Polizeihauptkommissar (BaL) Ernst Walter Klingenuß (17. 10. 1975);  
zum **Kriminalhauptkommissar** Kriminaloberkommissar (BaL) Horst Dzierzon (10. 10. 1975);  
zu **Polizeihauptkommissaren** die Polizeioberkommissare (BaL) Karlheinz Raupach (10. 10. 1975), Horst Ernst Mayer (30. 10. 1975);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe A 12 Kriminalhauptkommissar (BaL) Otto Hermann Gilberg (10. 10. 1975);  
Polizeihauptkommissar (BaL) Heinz Krömmelbein (23. 10. 1975);

in den **Ruhestand** getreten:

Erster Polizeihauptkommissar (BaL) Friedrich Zukunft (30. 9. 1975);

**Polizeipräsident in Wiesbaden**

ernannt:

zum **Kriminaldirektor** Kriminalobererrat (BaL) Klaus Diehl (22. 10. 1975);  
zum **Kriminalrat** Kriminalhauptkommissar (BaL) Bernd Ferdinand Polzer (22. 10. 1975);  
zum **Kriminalhauptkommissar** Kriminaloberkommissar (BaL) Wolf-Dieter Dreidoppel (14. 10. 1975);

**Hessische Bereitschaftspolizei**

ernannt:

zum **Polizeirat** Polizeihauptkommissar (BaL) Helmut August Clobes (9. 10. 1975);  
zu **Polizeihauptkommissaren** die Polizeioberkommissare (BaL) Rolf Peter Lecke (16. 10. 1975), Heinz-Helmut Horst Lück (29. 10. 1975);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe A 12 die Polizeihauptkommissare (BaL) Wolfgang Wilhelm Ruffer (14. 10. 1975), Karl Heinz Jakobi (24. 10. 1975);

**Hessische Polizeischule**

ernannt:

zum **Medizinaldirektor** Obermedizinalrat (BaL) Dr. Joachim Meissner (22. 10. 1975);  
zum **Polizeifachschulrektor** Oberstudienrat (BaL) Otto Schlander (22. 10. 1975);  
zum **Polizeiberrat** Polizeirat (BaL) Alwin Werner Christoph (9. 10. 1975);  
zu **Kriminalräten** die Kriminalhauptkommissare (BaL) Egon Reitz, Norbert Thomas (beide 9. 10. 1975);  
zum **Polizeirat** Polizeihauptkommissar (BaL) Wolfgang Blumenröther (9. 10. 1975);  
zum **Ersten Polizeihauptkommissar** Polizeihauptkommissar (BaL) Albrecht Eugen Kaiser (3. 10. 1975);  
zum **Kriminalhauptkommissar** Kriminaloberkommissar (BaL) Peter Schößler (3. 10. 1975);  
zu **Polizeihauptkommissaren** die Polizeioberkommissare (BaL) Wolfgang Größl, Christian Lang (beide 16. 10. 1975);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe A 12 Kriminalhauptkommissar (BaL) Hermann Nobel (13. 10. 1975);  
die Polizeihauptkommissare (BaL) Friedbert Kempf, Hans-Jürgen Kohlhaas, Konrad Martin Mildner, Dieter Opitz, Wolfgang Karl Otto Seydel, Walter-Peter Zinke (sämtlich 3. 10. 1975);

**Hessisches Landeskriminalamt**

ernannt:

zu **Kriminaldirektoren** die Kriminalobereräte (BaL) Norbert Noeske (9. 10. 1975), Karl August Hofmann (10. 10. 1975), Heinrich Gutedel (22. 10. 1975);  
zum **Kriminalrat** Kriminalhauptkommissar (BaL) Klaus Jürgen Timm (22. 10. 1975);  
zu **Kriminalhauptkommissaren** die Kriminaloberkommissare (BaL) Herbert Schön, Manfred Szameitat (beide 31. 10. 1975);

**Fernmeldeleitstelle der Hessischen Polizei**

ernannt:

zum **Polizeioberkommissar** Polizeikommissar (BaL) Walter Kaiser (16. 10. 1975);  
zu **Polizeihauptmeistern** die Polizeiobermeister (BaL) Hermann Horst (3. 10. 1975), Manfred Petry (27. 10. 1975);  
zu **Polizeimeistern** die Polizeihauptwachmeister (BaP) Johann Heinrich Konrad Kirchhain, Willi Lentge, Hans-Gerd Matzat (sämtlich 8. 10. 1975);  
zum **Polizeihauptwachmeister** Polizeiwachmeister (BaP) Rüdiger Roland Adolf Ewald (18. 11. 1975);

berufen in das **Beamtenverhältnis auf Lebenszeit**:

Polizeiobermeister (BaP) Karl Harald Laskowski (17. 10. 1975).

Wiesbaden, 9. 12. 1975

Der Hessische Minister des Innern  
III B 43 — 8 b 4

StAnz. 52/1975 S. 2349

— **Polizeipräsident in Wiesbaden** —

ernannt:

zur **Kriminalobermeisterin** Kriminalmeisterin (BaP) Agathe Franzen (10. 11. 1975);  
zu **Kriminalobermeistern** die Kriminalmeister (BaP) Heribert Theis, Dieter Schupp (beide 3. 11. 1975), Gert Pollok, Dietmar Roos, Mario Strasser, Heinrich Zott (sämtlich 4. 11. 1975);  
zu **Polizeihauptwachmeistern** die Polizeiwachmeister (BaP) Erhard Back, Wolfgang Berg, Bernhard Fuchinger, Joachim Freimuth, Rainer Geler, Bert Gemmerich, Peter Juszt, Ottmar Kübeler, Herbert Malm, Peter Müller, Karl-Heinz Sand, Paul-Joachim Schradin, Heinz-Peter Solbach, Roland Weeber (sämtlich 3. 11. 1975);  
zu **Polizeihauptwachmeistern** die Polizeiwachmeister (BaP) Robert Günther (4. 11. 1975), Hans-Georg Drabsch (5. 11. 1975), Markus Best (6. 11. 1975);

berufen in das **Beamtenverhältnis auf Lebenszeit**:

Kriminalhauptmeister (BaP) Jürgen Conrad (17. 11. 1975);  
Polizeiobermeister (BaP) Burckhart Christ (8. 11. 1975);  
die Polizeimeister (BaP) Heinz Müller (25. 11. 1975), Günther Köcher (26. 11. 1975), Franz Stengl (27. 11. 1975), Wolfgang Vogt (27. 11. 1975), Robert Michel (27. 11. 1975);

in den **Ruhestand** versetzt:

Polizeihauptmeister Walter Scheid (31. 12. 1975) gem. § 193 (1) HBG;

entlassen:

Polizeimeister Dieter Hübner (28. 11. 1975) gem. § 41 HBG;

verstorben:

Kriminalhauptmeister Günther Tedsen (11. 10. 1975).

Wiesbaden, 10. 12. 1975

Der Polizeipräsident  
P III

StAnz. 52/1975 S. 2350

**D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen**

**Oberfinanzdirektion**

ernannt:

zu **Oberregierungsräten** die Regierungsräte (BaL) Walter Backsch, Siegmund Heinz, Helmut Herth (sämtlich 13. 10. 1975);  
zum **Regierungsrat** (BaL) Regierungsrat z. A. (BaP) Dr. Márton Papp (4. 9. 1975);  
zum **Amtsrat** Steueramtmann (BaL) Rudolf Wolski (8. 10. 1975);  
zu **Techn. Amtsräten** die Techn. Amtmänner (BaL) Günther Bepfer, Karl-Wilhelm Rettig (beide 1. 10. 1975);  
zu **Steueramtsmännern** die Steueroberinspektoren (BaL) Siegfried Aumann, Willi Glowitzki (beide 2. 10. 1975), Jürgen Lückhoff, Wilfried Schäfer (beide 27. 10. 1975), Werner Weil (2. 10. 1975);  
zu **Steueroberinspektoren** die Steuerinspektoren (BaL) Werner Agel, Peter Bill, Heinz Kern (sämtlich 1. 10. 1975);

zur **Steuerhauptsekretärin** Steuerobersekretärin (BaL) Irmtraud Jenth (7. 10. 1975);

zur **Steuersekretärin** Steuersekretärin z. A. (BaP) Gerlinde Dannewitz (26. 9. 1975);

zum **Amtsmeister** Hauptamtsgehilfe (BaL) Hilmar Köneke (2. 10. 1975);

in den **Ruhestand** getreten:

Regierungsdirektor Ernst Fuchs (30. 9. 1975);

#### Steuerverwaltung

ernannt:

zu **Regierungsdirektoren** die Oberregierungsräte (BaL) Christian Adamski, FA Groß-Gerau, Jochen Täske, FA Ffm.-Börse (beide 1. 10. 1975);

zu **Oberregierungsräten** die Regierungsräte (BaL) Karl-Friedrich Bicker, FA Gießen, Dr. Jörg Bublitz, FA Ffm.-Börse, Helmut Eisel, FA Melsungen, Karl-Heinz Frankfurth, FA Hofgeismar, Dr. Rolf Schröder, FA Kassel, Spohrstr., Karl-Heinz Truß, FA Frankenberg (sämtlich 1. 10. 1975);

zu **Oberamtsräten** die Steuerräte (BaL) Ludwig Stallmann, FA Darmstadt, Wilhelm Stein, FA Alsfeld (beide 3. 10. 1975), Hans-Joachim Elsner, FA Gelnhausen (13. 10. 1975);

zu **Amtsräten** die Steueramtmänner (BaL) Klaus Dember, Reinhard Dingel, beide FA Ffm.-Börse, Emil Faßhauer, FA Kassel, Goethestr., Herbert Fuchs, FA Darmstadt, Rudolf Gärth, FA Limburg, Josef Gerhardt, FA Ffm.-Börse, Werner Hofmann, FA Kassel, Spohrstr., Wilhelm Huber, FA Darmstadt, Heinrich Stolze, FA Ffm.-Höchst, Werner Timmer, FA Limburg, Günter Ullrich, FA Ffm.-Höchst, Josef Winkler, FA Bad Homburg (sämtlich 3. 10. 1975);

zum **Steueramtmann** Steueroberinspektorin (BaL) Irmtraud Brademann, FA Ffm.-Börse (3. 10. 1975);

zu **Steueramtmännern** die Steueroberinspektoren (BaL) Klaus Barth, FA Biedenkopf, Heribert Becker, FA Wiesbaden, Herrngartenstr., Karl Engelbrecht, FA Kassel, Spohrstr., Ernst Heinrich, FA Offenbach-Land, Hermann Heidrich, FA Fulda, Philipp Jakobi, FA Marburg, Wolfgang Klein, FA Ffm., Stiftstr., Gerhard Knapp, FA Bensheim, Fritz Kuhnemann, FA Groß-Gerau, Bernd Menzler, FA Fritzlar, Karl Müller, FA Darmstadt, Günter Münzel, FA Kassel, Spohrstr., Gerd Paul, FA Hofgeismar, Klaus Rast, FA Eschwege, Horst Rikus, FA Frankenberg, Peter Röbbelen, FA Groß-Gerau, Peter Roth, FA Gießen, Gerhard Smarzynski, FA Ffm.-Börse, Karl-Hermann Speckmann, FA Wetzlar, Bernhard Suck, FA Kassel, Goethestr., Dieter Schäfer, FA Hanau, Walter Schäfer, FA Michelstadt, Heinz-Gerhard Schweitzer, FA Ffm.-Börse, Richard Walkerling, FA Alsfeld (sämtlich 3. 10. 1975);

zu **Steueroberinspektoren/innen** die Steuerinspektoren/Steuerinspektorinnen (BaL) Horst Auel, FA Fritzlar, Heribert Bartholmeß, FA Ffm., Taunustor, Arno Biemer, FA Wetzlar, Werner Bildhäuser, FA Ffm., Taunustor, Rainer Boronowski, FA Darmstadt, Wolfgang Braun, FA Langen, Hannelore Brieslinger, FA Offenbach-Stadt, Liselotte Don, FA Kassel, Spohrstr., Theo Eckhardt, FA Gießen, Wilhelm Emmerich, FA Dieburg, Edwin Engel, FA Ffm., Taunustor, Winfried Faulhammer, FA Kassel, Goethestr., Volker Freitag, FA Gießen, Gerhard Gaca, FA Wiesbaden, Herrngartenstr., Alfred Graulich, FA Offenbach-Land, Axel Grigutsch, FA Wiesbaden, Herrngartenstr., Gustav Gross, FA Gießen, Klaus Hein, FA Darmstadt, Erich Hild, FA Hanau, Otto Hoffmann, FA Eschwege, Gerd Hornung, FA Hanau, Horst Hübsch, FA Gelnhausen, Günther Kalt, FA Dieburg, Norbert Kampfmann, FA Hanau, Bruno Klein, FA Offenbach-Land, Walter Köhler, FA Hofgeismar, Heinz Kühl, FA Wiesbaden, Herrngartenstr., Friedrich Kühn, FA Darmstadt, Volker Lefèvre, FA Eschwege, Ulrich Lorenzkowski, FA Offenbach-Stadt, Frich Mohr, Willi Netz, beide FA Gießen, Franz von Oldershausen, FA Wiesbaden, Herrngartenstr., Werner Otto, Robert Palesch, beide FA Ffm., Taunustor, Peter Rast, FA Bensheim, Stefan Rech, FA Wetzlar, Manfred Rehberg, FA Schwalmstadt, Manfred Rinn, FA Ffm., Stiftstr., Olaf Rüppel, FA Ffm., Taunustor, Wolfram Rotter, FA Wiesbaden, Herrngartenstr., Wolfgang Rudolph, FA Kassel, Goethestr., Gerhard Seifert, FA Hanau, Wolfgang Schad, FA Ffm., Taunustor, Otto Schneider, FA Bensheim, Brigitte Stankowski, FA Friedberg, Dieter Tegge, FA Offenbach-Land, Bernd Thiele, FA Kas-

sel, Spohrstr., Ingeborg Vey, FA Friedberg, Edmund Weiß, FA Bensheim, Franz Wolf, FA Wiesbaden, Mainzer Str., Fritz Ziegler, FA Fritzlar (sämtlich 3. 10. 1975);

zu **Steueroberinspektoren (BaL)** die Steuerinspektoren (BaP) Hans Landau, FA Nidda, Edgar Schröder, FA Friedberg (beide 3. 10. 1975);

zu **Steueroberinspektoren/innen** die Steuerinspektoren/Steuerinspektorinnen (BaP) Dieter Albert, FA Wiesbaden, Mainzer Str., Werner Bausch, FA Gießen, Bernd Becker, FA Ffm., Stiftstr., Karl Breitung, FA Ffm.-Höchst, Renate Brückner, FA Kassel, Spohrstr., Walter Bückmann, FA Langen, Ingrid Friedrich, FA Limburg, Gerhard Fröde, FA Schwalmstadt, Manfred Funke, FA Langen, Jürgen Goldapp, FA Wiesbaden, Herrngartenstr., Hannelore Glowitzki, FA Ffm., Stiftstr., Rainer Göbel, FA Michelstadt, Hermann Hahn, FA Marburg, Frank Hauptvogel, FA Bad Schwalbach, Karl-Heinz Heberling, FA Ffm.-Höchst, Gudrun Kießling, Ilona Klaus, Christian Kraus, sämtlich FA Wiesbaden, Herrngartenstr., Detlef Michaelis, FA Ffm.-Börse, Fred Möckel, FA Offenbach-Stadt, Rainer Mühlhans, FA Gießen, Bernd Müller, FA Groß-Gerau, Rainer Olbrich, FA Gießen, Karl-Otto Peisker, FA Fulda, Ewald Riemann, FA Ffm., Stiftstr., Elke Roick, Volker Scriba, Hermann Sonntag, Werner Schindler, Elli Schneider, sämtlich FA Ffm., Stiftstr., Frank Wehrheim, FA Bad Homburg (sämtlich 3. 10. 1975);

zu **Steuerinspektoren/innen** die Steuerinspektoren/innen z. A. (BaP) Bernd Becker, FA Groß-Gerau, Harald Böth, FA Darmstadt, Ernst Dworzak, FA Ffm.-Höchst, Manfred Gombel, FA Groß-Gerau, Werner Hinz, FA Gelnhausen, Werner Laatz, FA Ffm.-Höchst, Werner Naumann, FA Biedenkopf, Hans-Jürgen Röbbel, FA Offenbach-Stadt, Werner Schultheis, FA Ffm.-Höchst, Reinhard Thiele, FA Langen (sämtlich 4. 8. 1975), Günter Balharek, FA Ffm.-Börse, Wolfgang Diegel, FA Langen, Herbert Hucke, FA Gelnhausen, Peter Quell, FA Offenbach-Stadt, Artur Moog, FA Ffm.-Höchst, Heinz-Werner Rühl, FA Ffm., Stiftstr., Leopold Schultes, FA Offenbach-Stadt (sämtlich 22. 9. 1975), Wolfgang Becker, FA Ffm., Hamburger Allee (30. 8. 1975), Christine Bernsmann, FA Wiesbaden, Mainzer Str. (3. 10. 1975), Norbert Figge, FA Bad Homburg (20. 10. 1975), Dietmar Fischer, FA Bensheim (21. 10. 1975), Bernd Fügen, FA Michelstadt (25. 9. 1975), Holger Hohmeister, FA Hanau, Bernd Horn, FA Bad Schwalbach, Bernd Koberstein, FA Bensheim (sämtlich 19. 9. 1975), Helmut Koch, FA Ffm.-Börse (29. 9. 1975), Helmut Köhler, FA Hanau (5. 8. 1975), Harri Kümmel, FA Offenbach-Land (13. 8. 1975), Ulrich Leppich, FA Darmstadt (19. 9. 1975), Tilmann Lutz, FA Ffm.-Höchst (6. 8. 1975), Peter Mangi, FA Bad Homburg (27. 9. 1975), Günther Pfeifer, FA Bensheim (26. 9. 1975), Gerd Sauerwein, FA Groß-Gerau (11. 8. 1975), Gerhard Schäfer, FA Ffm.-Börse (30. 9. 1975), Lothar Schwab, FA Nidda (5. 8. 1975), Christa Trappel, FA Wiesbaden, Herrngartenstr. (15. 9. 1975), Arno Wetzlar, FA Langen (5. 8. 1975);

zu **Amtsinspektoren/innen** die Steuerhauptsekretäre/Steuerhauptsekretärinnen (BaL) Hans Arnold, FA Bensheim, Marie Barz, FA Langen, Roland Becke, FA Marburg, Monika Benner, FA Bensheim, Gustav Brübach, FA Kassel, Goethestr., Werner Bubla, FA Gießen, Gottfried Dezelski, FA Limburg, Egon Döhring, FA Korbach, Wolfgang Dörr, FA Gießen, Waltraud Dunsinger, FA Gelnhausen, Konrad Fey, FA Marburg, Hans-Otto Fries, FA Wetzlar, Wilfried Fuchs, Manfred Groh, beide FA Ffm.-Höchst, Gisela Grohmann, FA Ffm., Taunustor, Erich Hartung, FA Fulda, Theo Helzel, FA Bad Schwalbach, Georg Hobert, FA Bad Hersfeld, Heinz Hörr, FA Bensheim, Herbert Hübenthal, FA Eschwege, Horst Katz, FA Nidda, Helmut Kaufmann, FA Ffm., Taunustor, Georg Klingel, FA Alsfeld, Winfried Klingelhöfer, Irmgard König, beide FA Marburg, Herbert Krämeling, FA Friedberg, Reinhold Krüger, FA Bad Homburg, Annemarie Lautenschlager, FA Ffm., Taunustor, Edith Lerner, FA Wiesbaden, Herrngartenstr., Franz Lutz, FA Rüdesheim, Hans-Dieter Mauer, FA Ffm., Taunustor, Peter Mitter, FA Wiesbaden, Herrngartenstr., Arnold Müller, FA Groß-Gerau, Ernst Muth, FA Limburg, Manfred Nowotny, FA Wiesbaden, Mainzer Str., Gerda von der Osten, FA Darmstadt, Philipp Petermann, FA Groß-Gerau, Norbert Pötz, FA Limburg, Armin Rapp, FA Kassel, Goethestr., Horst Rehn, FA Rotenburg, Karlheinz Richter, FA Wiesbaden, Herrngartenstr., Wolfgang Spriestersbach, FA Bad Schwalbach, Günter Schorling, FA Gießen, Hans-Dieter Schulz, FA Ffm., Stiftstr., Rolf Starck, FA Gießen, Walter Staudt, FA Wiesbaden,

Herrngartenstr., Ernst Stricker, FA Korbach, Vera Tezel, FA Wiesbaden, Herrngartenstr., Karl Uhrig, FA Michelstadt, Helmut Ulrich, FA Darmstadt, Walter Weidmann, FA Michelstadt, Rainer Weinreich, FA Kassel, Spohrstr., Gerda Woywod, FA Groß-Gerau, Hermann Zinn, FA Kassel, Goethestr. (sämtlich 3. 10. 1975);

zu **Steuerhauptsekretären/innen** die Steuerobersekretäre/Steuerobersekretärinnen (BaL) Werner Beck, FA Dieburg, Baldur Bornmann, FA Kassel, Goethestr., Jörg Eisenstecken, FA Groß-Gerau, Karl-Heinz Gräf, FA Darmstadt, Reiner Grau, FA Hanau, Gerhard Harbusch, FA Frankenberg, Karin Hessler, FA Rotenburg, Friedhelm Hofmann, FA Kassel, Goethestr., Wolfram Keller, FA Friedberg, Bernd Klatyik, FA Gießen, Christina Kosmala, FA Darmstadt, Rainer Kuttenkeuler, FA Wiesbaden, Mainzer Str., Peter Lampe, FA Kassel, Spohrstr., Ernst Linge, FA Melsungen, Johannes Ludwig, FA Groß-Gerau, Manfred Meurer, FA Kassel, Spohrstr., Ursula Münzberg, FA Darmstadt, Otto Nerad, FA Groß-Gerau, Wilfried Paar, FA Kassel, Spohrstr., Erwin Pacht, FA Gießen, Gerhard Peterle, FA Bad Hersfeld, Elfriede Rabich, FA Schwalmstadt, Paul Röther, FA Limburg, Rainer Schäfer, FA Limburg, Rainer Schmacke, FA Hofgeismar, Roland Schneiders, FA Bad Hersfeld, Josef Stahl, FA Limburg, Renate Veith, FA Bensheim, Hans Walter, FA Darmstadt, Karl Werner, FA Gießen (sämtlich 3. 10. 1975);

zu **Steuerhauptsekretären/innen** die Steuerobersekretäre/Steuerobersekretärinnen (BaP) Gerold Bloß, FA Friedberg, Evelyn Breser, Norbert Füll, beide FA Wiesbaden, Mainzer Str., Norbert Gawron, FA Bensheim, Marianne Gregor, FA Wiesbaden, Mainzer Str., Magda Jocrissen, FA Gießen, Werner Koch, FA Ffm., Taunustor, Gertraud Lauer, FA Darmstadt, Renate Meyer, FA Bad Homburg, Winfried Müller, FA Fulda, Therese Pflug, FA Bad Homburg, Karl-Otto Roll, FA Offenbach-Land, Heidi Stumpf, FA Dieburg, Jörg Tautz, FA Groß-Gerau, Annelie Tegge, FA Offenbach-Land (sämtlich 3. 10. 1975), Lothar Adis, FA Hanau (16. 10. 1975), Edeltraut Donhauser, FA Ffm., Stiftstr. (22. 10. 1975), Inge Gießler, FA Kassel, Goethestr. (28. 10. 1975), Alfred Gill, FA Schwalmstadt (29. 10. 1975), Roswitha Jung, FA Bad Homburg (28. 10. 1975), Engellie Stern, FA Ffm.-Höchst (4. 10. 1975);

zur **Steuerobersekretärin (BaL)** Steuerobersekretärin z. A. (BaP) Helga Schell, FA Wiesbaden, Mainzer Str. (3. 10. 1975);

zu **Steuerobersekretären/innen** die Steuersekretäre/innen (BaL) Hermann Althaus, FA Marburg, Edgar Braun, FA Wetzlar, Gerhard Kaletsch, FA Marburg, Volker Kauer, FA Friedberg, Gerhard Koberstein, FA Kassel, Goethestr., Hagen Möller, FA Lauterbach, Hartwig Preußner, FA Wiesbaden, Herrngartenstr., Wilfried Sause, FA Marburg, Dieter Sowa, FA Fritzlar, Erwin Schade, FA Wetzlar, Herbert Schmidt, FA Fritzlar, Albrecht Weyel, FA Dillenburg, Wolfgang Wollenhaupt, FA Marburg (sämtlich 3. 10. 1975);

zum **Steuerobersekretär (BaL)** Steuersekretär (BaP) Horst Köhler, FA Rotenburg (3. 10. 1975);

zu **Steuerobersekretären/innen** die Steuersekretäre/innen (BaP) Karl-Heinz Becker, FA Fritzlar, Edith Aßmann, FA Dillenburg, Günter Brack, Reinhard Dannehl, beide FA Friedberg, Michael Deschamps, FA Darmstadt, Brigitte Hanke, FA Kassel- Spohrstr., Cornelia Hecker, FA Bad Homburg, Liane Hildebrand, FA Ffm., Stiftstr., Helmut Hilger, Helmut Kopp, beide FA Bad Homburg, Hannelore Kraushaar, FA Hanau, Charlotte Lenz, FA Bensheim, Hannelore Malter, FA Ffm.-Höchst, Renate Pöschinger, FA Friedberg, Hilmar Rakow, FA Ffm., Taunustor, Erich Ronzheimer, FA Biedenkopf, Renate Soback, FA Wiesbaden, Herrngartenstr., Richard Spengler, FA Darmstadt, Ursula Stähler, Melanie Steichler, beide FA Ffm., Stiftstr., Siegmund Stöber, FA Witzenhausen, Manfred Wicke, FA Kassel, Spohrstr. (sämtlich 3. 10. 1975);

zu **Steuersekretären (BaL)** die Steuersekretäre z. A. (BaP) Bernhard Bubenik, FA Hanau (30. 10. 1975), Joachim Marquardt, FA Bensheim, Rainer Pfaffenbach, FA Melsungen (beide 3. 10. 1975);

zum **Steuersekretär (BaP)** Bewerber Georg Herche, FA Ffm., Stiftstr. (3. 11. 1975);

zu **Steuersekretären/innen** die Steuersekretäre/innen z. A. (BaP) Otlmar Becker, FA Groß-Gerau (21. 8. 1975), Patricia Becker, FA Rüdeshelm (26. 9. 1975), Angela Brumund, FA Michelstadt, Margarete Ehling, FA Wiesbaden, Herrngartenstr. (beide 4. 8. 1975), Volker Franz, FA Hanau (3. 10. 1975), Erna Hartmann, FA Ffm., Stiftstr. (1. 8. 1975), Elisabeth Perlak, FA Lauterbach (26. 9. 1975), Peter Weil, FA Ffm., Taunustor (7. 10. 1975);

zu/zur **Steuersekretären/in z. A. (BaP)** die Finanzanwärtler/in (BaW) Alke Croll, FA Wiesbaden, Mainzer Str. (10. 9. 1975), Klaus-Jürgen Klingelhöfer, FA Gießen (3. 10. 1975), Joachim Lind, FA Fulda (4. 9. 1975);

zum **Steuerassistenten (BaL)** Steuerassistent z. A. (BaP) Eberhard Spietzack, FA Ffm.-Höchst (3. 10. 1975);

zu **Oberamtsmeistern** die Amtsmeister (BaL) Erhard Sittner, FA Nidda, Hans-Heinrich Völker, FA Bad Hersfeld (beide 3. 10. 1975);

zu **Amtsmeistern** die Hauptamtsgehilfen (BaL) Heinz Klug, Karl Hermann Schneider, beide FA Kassel, Spohrstr. (beide 3. 10. 1975);

zu **Hauptamtsgehilfen z. A. (BaP)** die Verwaltungsarbeiter Hans Specht, FA Rotenburg (3. 10. 1975), Gerhard Brandau, FA Hofgeismar (21. 11. 1975);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Steueramtmänner (BaP) Rolf Hildebrand, FA Offenbach-Land (26. 5. 1975), Karl-Friedrich Weyrauch, FA Darmstadt (27. 5. 1975);

die Steueroberinspektoren (BaP) Norbert Ackermann, FA Eschwege (23. 6. 1975), Helmut Albrecht, FA Offenbach-Stadt (28. 7. 1975), Helmuth Brodkorb, FA Gießen (16. 6. 1975), Hans-Friedrich Frauenrieder, FA Wiesbaden, Herrngartenstr. (15. 9. 1975), Kurt Galgon, FA Bad Homburg (25. 7. 1975), Friedel Hofmann, FA Darmstadt (27. 5. 1975), Gerda Kaus, FA Ffm., Taunustor (28. 9. 1975), Winfried Koch, FA Michelstadt (31. 7. 1975), Wilfried Löw, FA Rüdeshelm (8. 8. 1975), Horst Marquart, FA Wiesbaden, Mainzer Str. (22. 9. 1975), Eveline Mötzing, FA Rotenburg (13. 5. 1975), Gerlinde Riedel, FA Rotenburg (16. 5. 1975), Emmi Roth, FA Hanau (28. 7. 1975), Horst Siebert, FA Ffm., Taunustor (4. 6. 1975), Hans-Joachim Stebmann, FA Gießen (9. 5. 1975), Dieter Schilling, FA Darmstadt (1. 9. 1975), Manfred Schlicht, FA Ffm.-Börse (18. 9. 1975), Lotti Schmidt, FA Offenbach-Stadt (28. 5. 1975), Annelie Schneider, FA Ffm.-Höchst (25. 9. 1975), Wolfgang Schöne, FA Ffm.-Höchst (23. 5. 1975), Willi Steinbrecher, FA Bensheim (29. 9. 1975), Helmut Stroh, FA Bad Homburg (23. 5. 1975), Emil Vollmer, FA Bensheim (10. 9. 1975), Helmut Weiß, FA Bensheim (2. 5. 1975), Dieter Ziegelski, FA Fulda (14. 7. 1975);

die Steuerinspektoren/innen (BaP) Dieter Albert, FA Wiesbaden, Mainzer Str. (4. 8. 1975), Peter Bill, FA Ffm., Stiftstr. (12. 6. 1975), Wolfgang Braun, FA Langen (1. 8. 1975), Robert Claus, FA Groß-Gerau (4. 8. 1975), Axel Grigutsch, FA Wiesbaden, Herrngartenstr. (1. 8. 1975), Gerhard Ihlow, FA Ffm.-Börse (13. 8. 1975), Reiner Keitner, FA Wiesbaden, Herrngartenstr. (1. 8. 1975), Dieter Kothe, FA Kassel, Spohrstr. (9. 5. 1975), Helmut Kranz, FA Ffm.-Höchst (1. 8. 1975), Hans-Georg Möller, FA Rüdeshelm (3. 9. 1975), Willi Netz, FA Gießen (10. 6. 1975), Werner Otto, FA Ffm., Taunustor (20. 5. 1975), Manfred Rinn, FA Ffm., Stiftstr. (1. 8. 1975), Wolfram Rotter, FA Wiesbaden, Herrngartenstr. (27. 8. 1975), Gerhard Seifert, FA Hanau (13. 5. 1975), Walter Sirsch, FA Bad Hersfeld (23. 6. 1975), Brigitte Stankowski, FA Friedberg (21. 8. 1975), Reinhard Stöckel, FA Ffm., Stiftstr. (1. 8. 1975), Renate Struckmeyer, FA Hanau (28. 8. 1975), Ingeborg Vey, FA Friedberg (29. 8. 1975);

die Steuerhauptsekretäre (BaP) Manfred Bender, FA Friedberg (31. 7. 1975), Rainer Weinreich, FA Kassel, Spohrstr. (1. 7. 1975);

die Steuerobersekretäre/innen (BaP) Werner Beck, FA Dieburg (21. 8. 1975), Elisabeth Bendel, FA Limburg (15. 9. 1975), Karl-Otto Claudy, FA Wetzlar (27. 8. 1975), Jörg Eisenstecken, FA Groß-Gerau (5. 6. 1975), Gerhard Harbusch, FA Frankenberg (2. 5. 1975), Ursula Herder, FA Ffm., Stiftstr. (29. 9. 1975), Helmut Hoffart, FA Dieburg (11. 9. 1975), Erich Hopf, FA Ffm.-Höchst (14. 7. 1975), Karl-



Heinz Kerling, FA Offenbach-Stadt (11. 8. 1975), Gerd Kloske, FA Ffm., Hamburger Allee (26. 8. 1975), Manfred Maurer, FA Kassel, Spohrstr. (14. 7. 1975), Karl-Heinz Nöding, FA Ffm., Stiftstr. (13. 5. 1975), Rudolf Nytz, FA Ffm., Hamburger Allee (7. 8. 1975), Gerhard Peterle, FA Bad Hersfeld (26. 8. 1975), Elfriede Rabich, FA Schwalmstadt (5. 5. 1975), Wilfried Rein, FA Lauterbach (24. 9. 1975), Gerhard Röhrig, FA Fulda (20. 5. 1975), Georg Speth, FA Ffm., Stiftstr. (25. 4. 1975), Margarete Schermuly, FA Weilburg (13. 5. 1975), Karl-Heinrich Schilz, FA Ffm., Hamburger Allee (23. 9. 1975), Renate Veith, FA Bensheim (29. 9. 1975), Hans-Albert von Willich, FA Darmstadt (28. 7. 1975), Werner Witt, FA Ffm., Stiftstr. (24. 7. 1975);

die Steuersekretäre Gerhard Koberstein, FA Kassel, Goethestr. (7. 8. 1975), Gerhard Petrick, FA Bad Homburg (23. 5. 1975), Wilfried Sause, FA Marburg (9. 5. 1975), Manfred Schmidt, FA Marburg (19. 9. 1975), Norbert Wolf, FA Weilburg (1. 8. 1975);

#### versetzt:

von dem FA Gelsenkirchen-Süd Steuerinspektorin (BaP) Karin Brunnhöfer, FA Ffm.-Höchst (1. 6. 1975);

von dem FA Koblenz Steuersekretärin (BaP) Maria Hilger, FA Ffm., Taunustor (1. 9. 1975);

von dem FA Dortmund-Außenstadt Steuerhauptsekretär (BaL) Wilhelm Hoffmann, FA Ffm.-Höchst (18. 6. 1975);

von dem FA Calw-Hirsau Steuerinspektorin z. A. (BaP) Beate Körner, FA Langen (1. 7. 1975);

von dem FA Berchtesgaden-Außenstelle Laufen Steuerobersekretärin (BaP) Barbara Oestreich, FA Ffm., Hamburger Allee (1. 11. 1975);

von dem FA Berlin-Wilmersdorf Steuerassistent (BaP) Eberhard Spietzack, FA Ffm.-Höchst (1. 8. 1975);

#### Staatsbauverwaltung

##### ernannt:

zu **Baudirektoren** die Oberbauräte (BaL) Franz Hillebrand, StBA Fulda, Rolf Kirschner, StBA Bad Hersfeld (beide 15. 10. 1975);

zu **Oberbauräten** die Bauräte (BaL) Peter Köhler, StBA Ffm., Volker Krauß, Udo Schmidt, beide StBA Darmstadt (sämtlich 15. 10. 1975);

zu **Bauräten (BaL)** die Bauräte z. A. (BaP) Joachim Kalb, StBA Wetzlar (27. 11. 1975), Siegbert Sattler, StBA Wiesbaden (29. 8. 1975);

zum **Baurat Techn. Oberamtsrat (BaL)** Klaus Hillbricht, StBA Arolsen (14. 11. 1975);

zu **Bauräten/innen z. A. (BaP)** die Baureferendare/innen (BaW) Rosemarie Kärcher-Schack, StBA Wetzlar (17. 11. 1975), Klaus Peter Pirsig, StBA Ffm. (14. 7. 1975), Karola Plafmann, StBA Arolsen (17. 11. 1975), Burghard Wagner, StBA Homberg (14. 7. 1975);

zum **Techn. Amtsrat Techn. Amtmann (BaL)** Joachim Scharmann, StBA Gießen (2. 10. 1975);

zum **Techn. Oberamtsrat Techn. Amtsrat (BaL)** Wilhelm Biens, StBA Bad Hersfeld (1. 10. 1975);

zum **Techn. Amtmann Techn. Oberinspektor (BaL)** Ekkehard Schneider, StBA Wetzlar (13. 10. 1975);

zum **Oberamtsmeister Amtsmeister (BaL)** Erwin von Nessen, StBA Gießen (26. 8. 1975);

in den **Ruhestand** getreten:

Techn. Amtsrat Johannes Weber, StBA Ffm. (30. 9. 1975);

#### Verteidigungslastenverwaltung

##### ernannt:

zum **Regierungsrat (BaL)** Regierungsrat z. A. (BaP) Edgar Pache, VLA Ffm. (13. 11. 1975),

Frankfurt (Main), 10. 12. 1975

#### Oberfinanzdirektion

P 1400 A — 50 — St I 72

StAnz. 52/1975 S. 2350

## 1782 DARMSTADT

## Regierungspräsidenten

### Rechtsverordnung zum Schutze der Jugend und des öffentlichen Anstandes für die Stadt Hanau

Auf Grund des Art. 297 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch (EGStGB) vom 2. 3. 1974 (BGBl. I S. 469) in Verbindung mit der Verordnung zur Übertragung der Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Art. 297 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 5. 8. 1975 (GVBl. I S. 195) wird gem. § 1 Ziff. 2 dieser Verordnung zum Schutze der Jugend und des öffentlichen Anstandes folgendes verordnet:

Im Gebiet der Stadt Hanau ist es innerhalb des von folgenden Straßen umgrenzten Bezirks verboten, der Prostitution nachzugehen:

Grenze im Norden:

Mühlstraße, von der Kreuzung Rosenstraße/Am Freiheitsplatz bis zur Einmündung Leimenstraße

Grenze im Westen:

Rosenstraße, von der Einmündung Mühlstraße/Am Freiheitsplatz bis zur Kreuzung Salzstraße

Grenze im Süden:

Salzstraße, von der Kreuzung Rosenstraße bis zur Kreuzung Leimenstraße

Grenze im Nordosten:

Leimenstraße, von der Einmündung Mühlstraße bis zur Kreuzung Salzstraße.

Die genannten Straßen sind Teile des Sperrbezirks, soweit sie ihn abgrenzen.

Die Rechtsverordnung zum Schutze der Jugend und des öffentlichen Anstandes für die Stadt Hanau vom 15. 10. 1975 (StAnz. S. 2011) wird aufgehoben.

Die Verordnung zum Schutze der Jugend und des öffentlichen Anstandes in Hanau vom 8. 9. 1967 (StAnz. S. 1216) bleibt unberührt.

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Darmstadt, 9. 12. 1975.

#### Der Regierungspräsident

III 1 — 22 g 40

gez. Dr. Wierscher

StAnz. 52/1975 S. 2353

## 1783 KASSEL

### Zulassung als Buchmacher

Herr Heinrich Georg Döpfer, wohnhaft in Kassel, ist von mir als Buchmacher für das Kalenderjahr 1976 zugelassen worden. Den Abschluß und die Vermittlung von Pferdewetten darf der Buchmacher nur in seinen Geschäftsräumen vornehmen.

Diese befinden sich in Kassel, Treppenstr. 11.

Kassel, 12. 11. 1975

#### Der Regierungspräsident

I/1 a — 73 c 02/09

StAnz. 52/1975 S. 2353

## 1784

### Zulassung als Buchmachergehilfin

Frau Erna Hilda Mell geborene Lorenz ist von mir als Buchmachergehilfin bei dem Buchmacher Heinrich Georg Döpfer in Kassel für das Kalenderjahr 1976 zugelassen worden. Die Buchmachergehilfin darf den Abschluß und die Vermittlung von Pferdewetten nur in der Geschäftsräumen des Buchmachers vornehmen.

Diese befinden sich in Kassel, Treppenstr. 11.

Kassel, 13. 11. 1975

#### Der Regierungspräsident

I/1 a — 73 c 02/09

StAnz. 52/1975 S. 2353

# ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1975

MONTAG, 29. DEZEMBER 1975

Nr. 52

## Veröffentlichungen

5245

**Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels**  
Bei der Stadtverwaltung Eschborn ist das Dienstsiegel Nr. 12 mit dem Stadtwappen der Stadt Eschborn, Durchmesser 35 mm, Umschrift Stadt Eschborn, in Verlust geraten.

Das vorstehende Siegel wird hiermit für ungültig erklärt. Jede weitere Benutzung wird strafrechtlich verfolgt.

6236 Eschborn, 16. 12. 1975

Der Magistrat  
der Stadt Eschborn

## Güterrechtsregister

5246

**GR 349 — Neueintragung — 13. September 1975:** Eheleute Karl Heinz Wilhelm Graf und Jutta Carola, geb. Reuter, beide in Aarbergen.

Durch notariellen Vertrag vom 18. Februar 1975 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ausgeschlossen.  
6208 Bad Schwalbach, 13. 9. 1975 Amtsgericht

5247

**5 GR 1484 — 27. 10. 1975:** Kaufmann Alexander Charles Lentos und Ehefrau Gabriele Lentos, geb. Heindl, beide in Fulda.

Durch notariellen Vertrag vom 30. Juli 1975 ist Gütertrennung vereinbart.

**5 GR 1486 — 27. 10. 1975:** Bundesbahnarbeiter Otmar Müller und Ehefrau Evelyn Katharina Müller, geb. Hohmann, beide in Dipperz.

Der Ehemann hat das Recht der Ehefrau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

6400 Fulda, 15. 12. 1975 Amtsgericht

5248

**1 GR 350 A — Neueintragung:** Die Eheleute Speditionskaufmann Johann Lürkens und Elisabeth Lürkens, geb. Weitkämper, Korbach-Lelbach, Nr. 82, haben durch Vertrag vom 19. Mai 1969 Gütertrennung vereinbart.

3540 Korbach, 5. 12. 1975 Amtsgericht

5249

**GR 516 — 15. Dezember 1975:** Hillingshäuser, Gerhard Martin, Kfz.-Mechaniker, in Limburg-Eschhofen, und Erika, geb. Pleh.

Durch notariellen Vertrag vom 14. Okt. 1975 ist Gütergemeinschaft gem. § 1415 ff. BGB vereinbart.

6250 Limburg (Lahn), 12. 12. 1975 Amtsgericht

## Vereinsregister

5250

**VR 215 — Neueintragung — 12. Dezember 1975:** In das Vereinsregister wurde heute eingetragen: Leyland — Club Lindheim in Altenstadt 2/Ortsteil Lindheim.

6470 Büdingen, 12. 12. 1975 Amtsgericht

5251

**5 VR 670 — 28. 11. 1975:** Geselligkeitsverein OSTENDIA in Fulda.

6400 Fulda, 15. 12. 1975 Amtsgericht

5252

**5 VR 669 — 5. 11. 1970:** Carneval-Gesellschaft Engelhelms in Künzell-Engelhelms.

6400 Fulda, 15. 12. 1975 Amtsgericht

5253

**4 VR 332 — Neueintragung:** Verein sozial service, Götzenhain (Schloß Philipps-eich).

6070 Langen, 16. 12. 1975 Amtsgericht

## Vergleiche — Konkurse

5254

**61 N 79/73:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Konstantin Kasapian, 61 Darmstadt, Rheinstraße 12<sup>1/2</sup>, alleiniger Inhaber der Gaststätte „Alexis Sorbas“, 61 Darmstadt, Gagernstraße, hat der Gemeinschuldner die Einstellung des Verfahrens gem. § 202 KO beantragt. Antrag und Zustimmungserklärungen der Konkursgläubiger liegen zur Einsicht auf der Geschäftsstelle nieder. Widerspruchsfrist für Konkursgläubiger 1 Woche ab Bekanntmachung.

6100 Darmstadt, 17. 12. 1975 Amtsgericht, Abt. 61

5255

**61 N 103/75:** Über den Nachlaß des am 19. 2. 1975 in Pfungstadt, seinem letzten Wohnsitz, verstorbenen Harald Rüdiger Pappert, wird heute am 9. Dezember 1975, 12.30 Uhr, Nachlaß-Konkurs eröffnet, da der Nachlaß überschuldet ist.

Konkursverwalter: Frau Ilse Hartmann, 6101 Seeheim, Auf der Letteilung 16 A, Tel.: (0 62 57) 8 28 85.

Konkursforderungen sind bis zum 1. April 1976 beim Gericht in doppelter Ausfertigung anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: Donnerstag, den 19. Februar 1976, 9.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Donnerstag, den 22. April 1976, 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Darmstadt, Mathildenplatz 12, 1. Stock, Zimmer 504.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige

Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 1. Januar 1976 anzeigen.

6100 Darmstadt, 9. 12. 1975 Amtsgericht

5256

**81 N 664/75 — Konkursverfahren:** Über das Vermögen der Münker + Seibert Bauunternehmung, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Gründenseestr. 10, 6 Frankfurt/M. 61, wird heute, am 15. Dezember 1975, 11.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Joachim Glassner, Eckenheimer Landstraße 38, 6 Frankfurt/M., Tel.: 55 62 01.

Konkursforderungen sind bis zum 15. Januar 1976, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 27. Januar 1976, 10.30 Uhr, Prüfungstermin am 24. Februar 1976, 10.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Gebäude B, I. Stockwerk, Zimmer 137.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 15. Januar 1976 ist angeordnet.

6000 Frankfurt (Main), 15. 12. 1975 Amtsgericht, Abt. 81

5257

**81 N 599/75 — Konkursverfahren:** Über das Vermögen der Misteitzky & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung i. L., Bergen-Enkheim, Marktstr. 85, vertreten durch den Liquidator Gerhard Neumann, 68 Mannheim, Seckenheimer Str. 30a, wird heute, am 18. Dezember 1975, 11.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Herr Steuerberater Aloys Brauburger, 6 Frankfurt (Main), Moselstr. 25, Tel.: 23 67 92.

Konkursforderungen sind bis zum 10. Februar 1976, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO und Prüfungstermin am 27. Februar 1976, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Gebäude B, I. Stockwerk, Zimmer 137.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 10. Februar 1976 ist angeordnet.

6000 Frankfurt (Main), 18. 12. 1975 Amtsgericht, Abt. 81

5258

**81 N 577/75 — Konkursverfahren:** Über das Vermögen des Herrn Günter Kapahnke, Inhaber eines Betriebes für Bodenbeläge, Verlegung von Platten und kleinen Maurerarbeiten, 6 Frankfurt (M.), Sternstraße 12, wird heute, am 19. Dezember 1975, 10.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Hermann Fenzl, 6 Frankfurt (Main), Kaiser-Sigmund-Str. 31, Tel.: 56 21 12, 56 66 92.

Konkursforderungen sind bis zum 10. Januar 1976, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 23. Januar 1976, 9.00 Uhr, Prüfungstermin am 27. Februar 1976, 9.45 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Gebäude B, I. Stockwerk, Zimmer 137.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 10. Januar 1976 ist angeordnet.

6000 Frankfurt (Main), 19. 12. 1975

Amtsgericht, Abt. 81

### 5259

81 N 558/75 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über das Vermögen des **Cornel Bodanowski, Inhaber eines Architekturbüros in 6 Frankfurt (M.) 1, Ostendstr. 30, wohnhaft in 6 Frankfurt (M.), Oberlindau 108, ist gemäß § 204 KO eingestellt. Der Prüfungstermin ist aufgehoben.**

Festgesetzt sind: Vergütung des Verwalters auf 1000 DM + 5,5% Ausgleich, seine Auslagen auf 310,80 DM.

6000 Frankfurt (Main), 15. 12. 1975

Amtsgericht, Abt. 81

### 5260

81 N 42/75 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Kommanditgesellschaft in Firma Franz Hösbacher, 6 Frankfurt (M.), Praunheimer Landstr. 50, wird Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen auf den 10. Februar 1976, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (M.), Gerichtsstr. 2, Gebäude B, I. Stock, Zimmer 137, anberaumt.**

6000 Frankfurt (Main), 12. 12. 1975

Amtsgericht, Abt. 81

### 5261

81 N 614/74 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Hans Miarka, 6 Frankfurt (M.), Wehrheimer Straße 8, wird Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen auf den 24. Februar 1976, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (M.), Gerichtsstr. 2, Gebäude B, I. Stock, Zimmer 137, anberaumt.**

6000 Frankfurt (Main), 9. 12. 1975

Amtsgericht, Abt. 81

### 5262

81 N 360/73 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Gaststättenbetriebs-Gesellschaft Sachsenhausen mit beschränkter Haftung, 6 Frankfurt am Main, Dreieichstr. 59, wird der Schlußtermin auf Freitag, den 20. Febr. 1976, vorm. 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (M.), Gerichtsstr. 2, Gebäude B, I. Stock, Zimmer 137, anberaumt.**

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, sowie zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen.

Die Vergütung des Verwalters wird auf 5500 DM + 5,5% Ausgleich gemäß § 4 Ziffer 5 der VO, die ihm zustehenden Auslagen werden auf 180,83 DM festgesetzt.

6000 Frankfurt (Main), 18. 12. 1975

Amtsgericht, Abt. 81

### 5263

65 N 32/75 — **Konkurs:** In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 16. 8. 1973 verstorbenen **Kaufmanns Karl Seifert, zuletzt wohnhaft gewesen in Helsa,**

ist am 17. 12. 1975, 11.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Klaus Bechmann, Kassel, Brüder-Grimm-Platz 4.

Konkursforderungen sind bis zum 28. 2. 1976 beim Gericht (zweifach) anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 27. Januar 1976, 14.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 30. März 1976, 14.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Kassel, Frankfurter Str. 9, Zimmer 023 (Untergeschoß).

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an die Erben verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 23. Januar 1976 anzeigen.

3500 Kassel, 17. 12. 1975

Amtsgericht, Abt. 65

### 5264

65 N 107/74: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Moeller GmbH & Co. KG, Vellmar 3, Heckershäuser Straße 19, vertreten durch den Geschäftsführer der Komplementärin Dieter Moeller, Vellmar 3, Brückenstraße 9, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf den 7. Januar 1976, 10.45 Uhr, vor dem Amtsgericht in Kassel, Zimmer 023 (Untergeschoß) bestimmt.**

3500 Kassel, 15. 12. 1975

Amtsgericht, Abt. 65

### 5265

5 N 25/73 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Frank Panienska, Stadt Allendorf, Inhaber der Fa. Möbel-Markt Frank D. Panienska, Stadt Allendorf, Wupperweg 5, wird an Stelle des verstorbenen Konkursverwalters, Herrn RA Martzloff, Kirchhain, zum neuen Konkursverwalter Herr Rechtsanwalt Christian Uhlich, 6313 Homberg/Ohm 1, Frankfurter Str. 105, Tel.: (0 66 33) 8 96, bestellt.**

3575 Kirchhain, 8. 12. 1975

Amtsgericht

### 5266

3 N 50/75: Über das Vermögen des **Stefan Don Silec, 6070 Langen, Bahnstr. 111, ist am 10. 12. 1975, 10.00 Uhr, Konkurs eröffnet.**

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Rosenkranz sen., 6070 Langen, Gartenstraße 84.

Konkursforderungen sind bis 27. 2. 1976, zweifach schriftlich — Zinsen berechnet bis zur Eröffnung —, bei Gericht anzumelden. Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: 30. 1. 1976, 10.00 Uhr. Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen: 10. 3. 1976, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Darmstädter Straße 27, Saal 20.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für

die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 15. 1. 1976 anzeigen.

6070 Langen, 15. 12. 1975

Amtsgericht

### 5267

5 N 5/67 — **Amtsgericht Dillenburg:** Im Konkursverfahren über das Vermögen des **Kaufmanns Jürgen Klein in Weidelbach (Dillkreis), Alleininhaber der Firma A. u. W. Klein, Preß-, Zieh- und Stanzwerk in Weidelbach (Dillkreis), stehen für die Verteilung im Schlußtermin am 21. Januar 1976 vor dem Amtsgericht Dillenburg, Zimmer 18, 3873,78 DM zur Verfügung.**

Die Summe der zu berücksichtigenden Konkursforderungen beläuft sich auf 428 683,74 DM, davon sind 6390,84 DM bevorrechtigt.

5900 Siegen, 17. 12. 1975

Der Konkursverwalter:

H. Schmid,

Steuerbevollmächtigter

### 5268

7 N 94/75 — **Konkursverfahren:** Über das Vermögen der **Rich-Rags, Textilvertriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung, zuletzt 6056 Heusenstamm, Philipp-Reis-Str. Nr. 1, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer S. R. Bach, Radnor Road, Parow Industria 7500 C. P.O. Box 1100, Parow East, Kapstadt/Südafrika, wird heute, Montag, den 15. 12. 1975, 11.35 Uhr, Konkurs eröffnet.**

Konkursverwalter: Herr Karl Polkin, 6050 Offenbach/M., Frankfurter Straße 61.

Konkursforderungen sind bis 25. 1. 1976 bei Gericht in doppelter Ausfertigung und mit den bis zum Tage der Konkursöffnung ausgerechneten Zinsen anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 KO bezeichneten Gegenstände: Donnerstag, 29. 1. 1976, 9.00 Uhr, und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen: Donnerstag, 25. 3. 1976, 9.00 Uhr, jeweils Gebäude D, Offenbach/M., Luisenstraße 16, Saal 835.

Offener Arrest und Anzeigepflicht bis 25. 1. 1976.

6050 Offenbach (Main), 15. 12. 1975

Amtsgericht

### 5269

N 13/75 — **Konkursverfahren:** Das Konkursverfahren über das Vermögen des **Baustoffhändlers Helmut Alt, 629 Weilburg/Lahn, Limburger Straße 34, wird mangels einer den Kosten entsprechenden Masse eingestellt, § 204 KO.**

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt als Vergütung 400,— DM.

6290 Weilburg, 12. 12. 1975

Amtsgericht

### 5270

62 N 132/75: Über das Vermögen der **Kommanditgesellschaft in Firma Süd-West-Bau GmbH Wiesbaden & Co. Neubautenbetreuung, 62 Wiesbaden, Abraham-Lincoln-Straße 40/42 (AG Wiesbaden HRA 2379), gesetzlich vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin, die Heinz Mosch Grundstücksverwaltungsgesellschaft mit beschränkter Haftung i. L., ebenda, diese gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer, den Baukaufmann Heinz Mosch, ebenda, wird heute, am 15. Dezember 1975, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.**

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Gerhard Hempel, Wiesbaden, Rosenstr. 3. Anmeldungen (doppelt) bis 7. Januar 1976.

Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am 14. Januar 1976, 11.00 Uhr, Zimmer 243.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 7. Januar 1976.

6200 Wiesbaden, 15. 12. 1975 Amtsgericht

### 5271

62 N 41/74 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über das Vermögen der **Lenz Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Sitz Wiesbaden, Verwaltung in Mainz, Kaiser-Friedrich-Straße 7**, wird gemäß § 204 KO mangels Masse eingestellt.

6200 Wiesbaden, 17. 12. 1975 Amtsgericht

### 5272

1 N 2/73: Das Konkursverfahren über das Vermögen der **Frau Doris Heuckeroth, frühere Inhaberin der Firma Büromöbel-Goebel in 3437 Bad Sooden-Allendorf, Kalkberg 6**, ist gem. § 204 KO eingestellt.

Festgesetzt wird: Vergütung des Verwalters 2000,— DM, sowie Auslagen 500,— Deutsche Mark.

3430 Witzenhausen, 11. 12. 1975 Amtsgericht

## Zwangsversteigerungen

**Sammelbekanntmachung:** Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

### 5273

K 78/75: Das im Grundbuch von Bad Vilbel, Band 109, Blatt 5122, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bad Vilbel, Flur 4, Flurstück 524/20, Hof- und Gebäudefläche, Höhenweg 19, Größe 5,08 Ar, EW: 36 500,— Deutsche Mark,

soll am 27. 2. 1976, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bad Vilbel, Frankfurter Str. 132, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 30. 6. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Elfriede Kühn, geb. Konrad, in Bad Vilbel.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 151 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel, 16. 10. 1975 Amtsgericht

### 5274

K 79/74: Das im Grundbuch von Bad Vilbel, Band 145, Blatt 6203, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bad Vilbel, Flur Nr. 15, Flurstück 327/8, Lieg.-B. 2832, Hof- und Gebäudefläche, Elisabethenstr. 57, Größe 6,61 Ar, EW: 72 400,— DM,

soll am 26. Februar 1976, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Vilbel, Frankfurter Straße 132, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 31. 12. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Horst Heinz Lischeck und Else Hedwig Lischeck, geb. Podzuweit, beide in Bad Vilbel, zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 190 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel, 14. 10. 1975 Amtsgericht

### 5275

K 60/74 verbunden mit K 56/75: Das im Grundbuch von Gladenbach,

a) Band 45, Blatt 1561, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Gladenbach, Flur Nr. 21, Flurstück 6/4, Hof- und Gebäudefläche, Kreuzstraße, Größe 10,22 Ar, und b) Band 31, Blatt 1147, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 30, Gemarkung Gladenbach, Flur Nr. 10, Flurstück 11, Ackerland, Im Pfaffengrund, Größe 21,37 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 25. Februar 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 3568 Gladenbach, Gießener Straße 27, Zimmer Nr. 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Zu a): Eingetragener Eigentümer am 6. November 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Konrad Elmshäuser in Gladenbach.

Zu b): Eingetragene Eigentümerin am 10. November 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Frau Lore Elmshäuser, geb. Michel, in Gladenbach, Ehefrau des Kaufmanns Konrad Elmshäuser.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 8. 12. 1975 Amtsgericht

### 5276

K 2/75: Die im Grundbuch von

a) Niedereisenhausen, Band 36, Blatt Nr. 1273, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Niedereisenhausen, Flur 8, Flurstück 35, Lieg.-B. 675, Grünland, In dem Treisbach, Größe 7,26 Ar,

lfd. Nr. 2 Gemarkung Niedereisenhausen, Flur 8, Flurstück 27/1, Wiese, In dem Treisbach, Größe 3,33 Ar,

b) Niedereisenhausen, Band 36, Blatt 1274, eingetragenen Hälften der Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Niedereisenhausen, Flur 8, Flurstück 99, Ackerland, Auf dem Kastenacker, Größe 10,07 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Niedereisenhausen, Flur 8, Flurstück 98, Ackerland, Auf dem Kastenacker, Größe 4,49 Ar,

sollen am Freitag, dem 13. Februar 1976, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Biedenkopf Lahn, Hainstraße 72, Zimmer 110, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. Januar 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Witwe des Stukkateurs Otto Veltz, Emml, geb. Debus, in Niedereisenhausen, Scheide-Lahn-Straße 30.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 1. 12. 1975 Amtsgericht

### 5277

K 8/73: Das im Grundbuch von Burgsolms, Band 81, Blatt 1174, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Burgsolms, Flur 2, Flurstück 198/2, Bauplatz, Lahnstraße, Größe 76,72 Ar,

soll am Mittwoch, 18. 2. 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Braunfels, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 17. 4. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Firma Heinz Westram KG, Straßen- und Tiefbau, Burgsolms.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen

6333 Braunfels, 18. 12. 1975

Zweigstelle Braunfels  
Amtsgericht Wetzlar

### 5278

5 K 21/75: Das im Grundbuch von Ostheim, Band 35, Blatt 1563, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1 des Bestandsverzeichnis, Gemarkung Ostheim, Flur 8, Flurstück 458, Hof- und Gebäudefläche, Sudetenring 12, Größe 7,27 Ar,

soll am 25. Februar 1976, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 6308 Butzbach 1, Fürb-gasse 24, Zimmer 1 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 30. Okt. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Friseurin Heidrun Gisela Stahl Schmidt, geb. Hacker, Butzbach, Stadtteil Ostheim. Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 330 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6308 Butzbach, 17. 12. 1975 Amtsgericht

### 5279

31 K 109/74: Der im Grundbuch von Urberach, Band 102, Blatt 4222, eingetragene 190/1000-Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Urberach, Flur 3, Nr. 180, Hof- und Gebäudefläche, Mainstraße, Größe 6,49 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 3 bezeichneten Wohnung im Dachgeschoß sowie dem Sondernutzungsrecht an dem Abstellplatz, im Aufteilungsplan mit Nr. 3 bezeichnet.

soll am Dienstag, 17. 2. 76, 13.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Marienstraße 31, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 23. Oktober 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Anneliese Katharina Rügemer geb. Koser.

Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 81 097,— DM.

Bietern müssen damit rechnen, im Termin  $\frac{1}{10}$  ihres Bargebots als Sicherheit in barem Geld zu hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 15. 12. 1975 **Amtsgericht**

### 5280

31 K 10/75: Das im Grundbuch von Urberach, Band 40, Blatt 2396, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Urberach, Flur 9, Flurstück 6/3, Hof- und Gebäudefläche, Schillerstraße 10, Größe 12,34 Ar,

soll am Dienstag, 24. 2. 1976, 13.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dieburg, Marienstr. 31, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. Februar 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Wolf Weese, Kronberg.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG auf 939 600,— DM festgesetzt.

Bietern müssen damit rechnen, im Termin  $\frac{1}{10}$  ihres Bargebots als Sicherheit in barem Geld zu hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 15. 12. 1975 **Amtsgericht**

### 5280a

K 104/74: Das im Grundbuch von Nieder-Mörlen, Band 56, Blatt 2318, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Nieder-Mörlen, Flur 1, Flurstück 295/3, Lieg.-B. 1724, Hof- und Gebäudefläche, Am Wingert 29, Größe 2,30 Ar,

soll am Freitag, dem 13. 2. 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg/H., Homburger Str. 18, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 1. 1975 und 19. 3. 1975 (Tage der Versteigerungsvermerke):

1. a) Ingenieur Armin Schneider in Buchholz, zu  $\frac{1}{2}$ ,

b) dessen Ehefrau Heide Schneider, geb. Größler, daselbst, zu  $\frac{1}{2}$ .

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 156 140 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6360 Friedberg, 11. 12. 1975 **Amtsgericht**

### 5281

K 36, 37/75 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Haingründau, Band 28, Blatt Nr. 1429, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Haingründau, Flur 2, Flurstück 145/1, Hof- und Gebäudefläche, Breitenborner Straße 13, Größe 8,21 Ar,

soll am Freitag, dem 27. Februar 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. Mai 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Weißbinder Karl Farr und dessen Ehefrau Gerlinde Farr, geb. Lhotzky, beide in Haingründau, in Gütergemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 104 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 17. 12. 1975 **Amtsgericht**

### 5282

2 K 28/74: Das im Grundbuch von Nauheim, Band 81, Blatt 3326, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Nauheim, Flur 2, Flurstück 447/19, Betriebsgelände, Alte Mainzer Straße 4, Größe 36,51 Ar,

soll am 19. 2. 1976, 10.15 Uhr, im Gerichtsgebäude, Oppenheimer Straße 4, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 5. 6. 75 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Firma Steinmetz AutomobiliSport GmbH, 6085 Nauheim.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6080 Groß-Gerau, 11. 12. 1975 **Amtsgericht**

### 5283

42 K 85/75: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Büdesheim, Band 31, Blatt 1473, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Büdesheim, Flur 1, Flurstück 773, Hof- und Gebäudefläche, Wiesenau, Größe 8,97 Ar,

am 25. 2. 1976, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau, Nußallee 17, Zimmer Nr. 18, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 3. 7. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Spengler u. Installateur Karl Nau in Schöneck-Büdesheim.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 170 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 20. 11. 1975 **Amtsgericht, Abt. 42**

### 5284

2 K 5/73 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Wörsdorf, Band 23, Blatt 771, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Wörsdorf, Flur 44, Flurstück Nr. 51/2, Hof- und Gebäudefläche, in der Siedlung, Größe 11,44 Ar,

soll am Freitag, dem 6. Februar 1976, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Idstein, Gerichtsstraße 1, Zimmer 15, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. April 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Bauing. Walter Scahulinski,

b) dessen Ehefrau Luise, geb. Merling,

beide Wörsdorf/Ts., zu je  $\frac{1}{2}$  Anteil.

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 180 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6270 Idstein, 16. 12. 1975 **Amtsgericht**

### 5285

K 17/73 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Oberlibbach, Band 11, Blatt 309, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Oberlibbach, Flur 1, Flurstück 50/2, Wegefläche, Taunusstraße, Größe 0,14 Ar, Flur 1, Flurstück 50/1, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorf, Größe 5,31 Ar,

soll am 16. Januar 1976, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Idstein, Gerichtsstraße 1, Zimmer 15, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. November 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Bautechniker Gottfried Groß und Marga, geb. Hannappel, Wiesbaden, je zur Hälfte.

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt für Flurstück 50/2, auf 600,— DM, für Flurstück 50/1 auf 227 000 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6270 Idstein, 17. 12. 1975 **Amtsgericht**

### 5286

2 K 40/75 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Anspach Band 38, Blatt 1508, eingetragenen  $\frac{1}{2}$  Grundstücksanteile an den Grundstücken:

lfd. Nr. 35, Gem. Anspach, Flur 19, Flst. 31, Ackerland, Taubenrain, Größe 35,23 Ar, lfd. Nr. 36, Gem. Anspach, Flur 16, Flst. 79/1, Hof- und Gebäudefläche, Usastraße 1, Größe 3,99 Ar,

sollen am Donnerstag, den 18. März 1976, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen/Ts., Weilburger Straße Nr. 2, Zimmer Nr. 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer bezüglich der beschlagnahmten  $\frac{1}{2}$  Grundstücksanteile am 2. Juli 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Alwin Reitz in Anspach, jetzt Usingen, Stadtteil Merzhausen.

Der Wert der  $\frac{1}{2}$  Grundstücksanteile ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie folgt:

$\frac{1}{2}$  Grundstücksanteil lfd. Nr. 35 auf 2113,80 DM,

$\frac{1}{2}$  Grundstücksanteil lfd. Nr. 36 auf 73 952 50 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6390 Usingen, 3. 12. 1975 **Amtsgericht**

### 5287

K 25/75 (K 41/75): Die im Grundbuch von Waldernbach, Band 43, Blatt 1093, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Waldernbach, Flur 25, Flurstück 61/1, Hof- und Gebäudefläche, Rubrainstraße 17, Größe 6,63 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Waldernbach, Flur 25, Flurstück 112/6, Rubrainstraße, Größe 0,35 Ar,

sollen am 18. Februar 1976, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Weilburg, Mauerstraße 25, Zimmer 24, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. 4. 1975/4. 7. 1975 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Eheleute Günter Kaschewski und Elli geb. Kahle, in Bayerisch-Eisenstein, zu je  $\frac{1}{2}$ .

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6290 Weilburg, 15. 12. 1975 **Amtsgericht**

### 5288

61 K 102/75 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Wildsachsen, Band 33, Blatt 897, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 6, Flurstück 356, Bauplatz, An der Kleewiese 5, Größe 5,25 Ar, soll am 17. Februar 1976, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstr. 2, Zimmer 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. 7. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Emil Schulz zu  $\frac{1}{2}$ ,

Emil und Gabriele Schuld zu 1/2, in Erbengemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 42 000 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen

6200 Wiesbaden, 17. 12. 1975 Amtsgericht

**5289**

1 K 37/74: Das im Grundbuch von Hollstein, Band 10, Blatt 256, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hollstein, Flur 2, Flurstück 65/2, Hof- und Gebäudefläche, Hinter den Höfen, Größe 10,00 Ar,

soll am 23. Februar 1976, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Witzzenhausen, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. 12. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Schreinermeister Heinz Dreier,
  - b) Lieselotte Dreier, geb. Sammet,
- beide in Kassel, Steinbruchweg 1, je zur Hälfte.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 7250 DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen

3430 Witzzenhausen, 16. 12. 1975 Amtsgericht

**5290**

K 51/73 — Beschluß: Die im Grundbuch von Naumburg, Band 70, Blatt 2142, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Naumburg, Flur Nr. 17, Flurstück 241, Hof- und Gebäudefläche, Burgstraße 14, Größe 14,37 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Naumburg, Flur Nr. 17, Flurstück 245, Gartenland, Burgstr., Größe 2,40 Ar,

sollen am Dienstag, dem 24. Februar 1976, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Wolfhagen, Zimmer Nr. 13, I. Etage, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 5. Februar 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kauffrau Rita Merkel, geb. Biernoth, Naumburg, Burgstr. 14.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt

Grundst. lfd. Nr. 1 = 140 000,— DM.  
Grundst. lfd. Nr. 2 = 1 400,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3549 Wolfhagen, 14. 11. 1975 Amtsgericht

**5291**

**Andere Behörden und Körperschaften**

**Bekanntmachung des Wasserverbandes „Schwarzbachgebiet-Ried“**

Die I. Nachtragshaushaltsatzung und der I. Nachtragshaushaltsplan des Wasserverbandes „Schwarzbachgebiet-Ried“, Sitz Groß-Gerau, für das Rechnungsjahr 1975 liegt in der Zeit vom 5. Januar bis einschl. 13. Januar 1976 im Geschäftszimmer des Verbandes, Betriebshof Groß-Gerau, Nähe Kläranlage, zu den üblichen Dienststunden zur Einsichtnahme offen.

6080 Groß-Gerau, 22. 12. 1975

Wasserverband „Schwarzbachgebiet-Ried“  
gez. B l o d t, Landrat, Verbandsvorsteher

\*

**I. Nachtragshaushaltsatzung des Wasserverbandes „Schwarzbachgebiet-Ried“ für das Haushaltsjahr 1975**

Gemäß §§ 72 ff. der ersten Wasserverbandsverordnung vom 3. September 1937 (RGBl. I S. 33) i. V. m. der GemHVO vom 13. Juli 1973 und des § 22 der Satzung des Wasserverbandes Schwarzbachgebiet-Ried, Groß-Gerau, vom 14. Oktober 1970 hat die Verbandsversammlung am 11. Dezember 1975 folgende Nachtragshaushaltsatzung für das Rechnungsjahr 1975 beschlossen.

§ 1

Mit dem Nachtragshaushalt werden

	erhöht um DM	vermindert um DM	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplanes einschl. der Nachträge	gegenüber bisher DM	nunmehr festgesetzt auf DM
<b>Im Verwaltungshaushalt</b>					
Einnahmen	—	30 972	915 373	876 401	876 401
Ausgaben	16 630	55 602	915 373	876 401	876 401
<b>Im Vermögenshaushalt</b>					
Einnahmen	22 634	103 854	2 187 223	2 106 003	2 106 003
Ausgaben	37 308	118 528	2 187 223	2 106 003	2 106 003

§ 2

Kredite werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite gegenüber dem bisherigen Gesamtbetrag wird nicht geändert.

Es gilt der von der Verbandsversammlung am 11. Dezember 1975 beschlossene Stellenplan.

6080 Groß-Gerau, 22. 12. 1975

Wasserverband „Schwarzbachgebiet-Ried“  
gez. B l o d t, Landrat, Verbandsvorsteher

**5292**

**Mitglieder der Delegiertenversammlung der Landes-zahnärztekammer Hessen**

Bei Fristablauf gemäß § 7 Abs. 1 der vom Hessischen Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen erlassenen Wahlordnung für die Delegierten der Ärzte-, Zahnärzte-, Tierärzte- und Apothekerkammern vom 11. Juni 1959, in der Fassung vom 13. 7. 1967, waren 5 gültige Wahlvorschläge eingegangen. Der Wahlausschuß für die Wahl zur Delegiertenversammlung der Landes Zahnärztekammer Hessen hat gemäß §§ 14 ff. der Wahlordnung in öffentlicher Sitzung das Ergebnis festgestellt. Danach entfielen von den eingegangenen gültigen Wahlstimmen auf den

Wahlvorschlag 1	638 Stimmen = 22,11%
Wahlvorschlag 2	1934 Stimmen = 67,04%
Wahlvorschlag 3	113 Stimmen = 3,92%
Wahlvorschlag 4	106 Stimmen = 3,67%
Wahlvorschlag 5	94 Stimmen = 3,26%

Gewählt wurden zu Mitgliedern der Delegiertenversammlung:

- Dr. M ö b u s, Gerd, Hanau;
- Dr. S i n g e r, Erich, Friedrichsdorf 1;
- S c h n e i d e r, Adolf, Nieder-Ramstadt;
- Dr. C r a m e r, Rudolf, Wiesbaden;
- Dr. S c h o p p e r, Ludwig, Frankfurt;
- Dr. L ö s e r, Werner, Kassel;
- Prof. Dr. P a n t k e, Horst, Launsbach;
- von V u l t e e, Heinrich, Eppstein;
- Dr. K r u g, Heinz, Kassel;
- Dr. G o l d b e r g, Georg, Wiesbaden-Kastel;
- R ö s c h, Gordon, Bergen-Enkheim;
- Prof. Dr. Dr. K n o l l e, Gerdt, Offenbach;
- Dr. G r ö s c h e l, Norbert, Darmstadt;
- Dr. S t u r m, Gottfried, Fulda;
- S c h a d, Wilfried, Darmstadt;
- Dr. S c h n e i d e r, Fritz, Biedenkopf;
- Dr. Z e y, Jorg, Limburg;
- Dr. B o e t t c h e r, Peter, Gießen;
- Dr. W e i t z e l, Ernst, Frankfurt;
- T a n d l e r, Walter, Butzbach/Pohl-Göns;
- Dr. R a m b, Otmar, Kassel;
- Dr. W e i n b r e n n e r, Rolf, Wiesbaden;
- Dr. S a n n e r, Alfred, Frankfurt;
- F i s c h e r, Fritz, Darmstadt;
- Dr. S c h e r z e r, Horst, Wiesbaden;
- Dr. B a c h, Kurt, Frankfurt;
- Dr. O r t h, Alfred, Bad Hersfeld;

- Müller, Karl, Frankfurt;
- Dr. Maier-ten-Doornkaat, Horst, Frankfurt;
- Gleissner, Jörg, Reichelsheim;
- Dr. Schönfeld, Rüdiger H., Eltville;
- Dr. Roth, Walter, Offenbach;
- Dr. Otto, Heinz-Hermann, Kassel;
- Dr. Tschackert, Gero, Hanau 9;
- Dr. Schade, Ewald, Gedern;
- Gallo, Horst, Kassel;
- Dr. Schmitt, Gerhard, Offenbach;
- Dr. Rau, Karl, Wiesbaden;
- Dr. Bauer, Horst, Höchst/Odw.;
- Schmidt, Karl-Oskar, Kassel;
- Vietor, Horst-Georg, Langen;
- Wähner, Günter, Frankfurt;
- Dr. Bischoff, Norbert, Waldsolms;
- Eichler, Konrad, Steinbach;
- Dr. Stippich, Karl-Georg, Marburg;
- Dr. Wessel, Otto, Gießen;
- Dr. Kuntze, Günter, Weilmünster;
- Jost, Kurt, Frankfurt.

Gemäß § 17 der Wahlordnung kann jeder Wahlberechtigte Einwendungen gegen die Rechtsgültigkeit der Wahl binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses im Staatsanzeiger bei der Aufsichtsbehörde erheben.

Die Einwendungen können nur darauf gestützt werden, daß gegen das Gesetz oder gegen die auf Grund des Gesetzes erlassenen Durchführungsverordnungen oder Wahlvorschriften verstoßen worden ist und daß der Verstoß geeignet war, das Ergebnis der Wahl zu beeinflussen.

6000 Frankfurt (Main), 16. 12. 1975

**Der Wahlleiter  
für die Wahl zur Delegiertenversammlung  
der Landeszahnärztekammer Hessen  
gez. Dr. Hasselwander**

**5293**

**Satzung des Hessischen Rundfunks über das Verfahren zur Leistung der Rundfunkgebühren vom 28. November 1975**

Auf Grund des § 3 Abs. 1 Sätze 4 ff. des Staatsvertrages über die Regelung des Rundfunkgebührenwesens vom 31. Oktober 1968 in der Fassung des Staatsvertrages zur Änderung des Staatsvertrages über die Regelung des Rundfunkgebührenwesens vom 7. August 1969 (GVBl. I S. 275) erläßt der Hessische Rundfunk mit Genehmigung der Landesregierung folgende Satzung:

**§ 1 Geltungsbereich**

Diese Satzung gilt für alle Rundfunkteilnehmer, die im Anstaltsbereich des Hessischen Rundfunks wohnen, sich ständig aufhalten oder ständig ein Rundfunkempfangsgerät zum Empfang bereithalten.

**§ 2 Gebühreneinzugszentrale**

Die Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland — GEZ — in Köln führt als gemeinsames Rechenzentrum im Rahmen einer nicht rechtsfähigen öffentlich-rechtlichen Verwaltungsgemeinschaft der ARD-Landesrundfunkanstalten und des Zweiten Deutschen Fernsehens Verwaltungsgeschäfte des Gebühreneinzugs durch.

**§ 3 Anzeigen, Formulare**

Anzeigen über Beginn und Ende des Bereithaltens eines Rundfunkempfangsgerätes zum Empfang sind unverzüglich schriftlich der GEZ zuzuleiten. Hierfür sind die vorgesehenen Formulare zu verwenden. Die Formulare werden von den Rundfunkanstalten an Stellen, die für jedermann zugänglich sind und von den Rundfunkanstalten bekanntgegeben werden, kostenlos bereitgehalten. Sätze 1 bis 3 gelten auch für die Anzeige eines Wohnungswechsels sowie für sonstige Veränderungen, die das Teilnehmerverhältnis einschließlich des Zahlungsverfahrens betreffen.

**§ 4 Teilnehmernummer**

Jeder Rundfunkteilnehmer erhält eine Mitteilung über seine Teilnehmernummer. Sie ist bei allen Mitteilungen, Anfragen und Zahlungen anzugeben.

**§ 5 Zahlungen**

(1) Der Rundfunkteilnehmer kann die Rundfunkgebühren über die Deutsche Bundespost, eine Bank oder Sparkasse auf folgenden Zahlungswegen entrichten:

- a) Lastschrift auf Grund einer Einziehungsermächtigung
- b) Dauerüberweisungsauftrag
- c) Einzelüberweisung oder Bareinzahlung.

(2) Die Kosten der Zahlungsübermittlung hat der Teilnehmer zu tragen.

(3) Änderungen des Zahlungsverfahrens müssen der GEZ spätestens zwei Wochen vor dem nächsten Zahlungstermin vorliegen. Dies gilt nicht bei Änderungen des Zahlungsverfahrens innerhalb des Absatzes 1 Buchstabe c).

**§ 6 Verrechnung**

Zahlungen werden zunächst auf Säumniszuschläge und die Kosten im Zusammenhang mit rückständigen Gebühren und dann auf die jeweils älteste Gebührenschild verchnet.

**§ 7 Säumniszuschläge, Kosten**

(1) Der Rundfunkteilnehmer, der eine fällige Gebühr binnen zwei Wochen nicht entrichtet, erhält eine schriftliche Erinnerung, diese binnen zwei Wochen nachzutragen. Mit dieser Erinnerung wird ein Säumniszuschlag von 2,— DM fällig.

(2) Bleibt die Erinnerung ohne Erfolg, so wird ein weiterer Säumniszuschlag von 3,— DM fällig.

(3) Im übrigen werden Gebühren und Auslagen entsprechend den landesrechtlichen Regelungen erhoben.

**§ 8 Überwachung**

Die vom Hessischen Rundfunk mit der Überwachung Beauftragten sind berechtigt, für den Hessischen Rundfunk die gesetzlich bestimmten Auskünfte zu verlangen. Sie sind berechtigt, Rundfunkgebühren gegen Quittung einzuheben. Sie haben sich durch einen Dienstausweis auszuweisen.

**§ 9 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 31. Dezember 1975 in Kraft. Gleichzeitig tritt die am 15. Januar 1971 in Kraft getretene Satzung des Hessischen Rundfunks über das Verfahren zur Leistung von Rundfunkgebühren (StAnz. Hessen S. 470) außer Kraft.

6000 Frankfurt (Main), 28. 11. 1975

**Der Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks  
Rudi Rohmann  
Vorsitzender**

**5294**

**Bekanntmachung des Hessischen Rundfunks**

Auf Grund des Staatsvertrages über die Regelung des Rundfunkgebührenwesens vom 31. 10. 1968 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen 1969, Teil I, S. 275) wird bekanntgemacht:

1. Der Auftrag an die Deutsche Bundespost zur Annahme der Rundfunkgebühren (siehe Bekanntmachung Nr. 3116 im Staatsanzeiger für das Land Hessen Nr. 39/1970 vom 28. 9. 1970) ist mit Ablauf des 31. 12. 1975 beendet.
2. Ebenso ist der Auftrag für die Entgegennahme der Anzeigen über den Beginn und das Ende des Bereithaltens eines Rundfunkempfangsgerätes zum Empfang (An- und Abmeldung; siehe Bekanntmachung Nr. 3116 im Staatsanzeiger für das Land Hessen Nr. 39/1970 vom 28. 9. 1970) mit Ablauf des 31. 12. 1975 beendet.

6000 Frankfurt (Main), 19. 12. 1975

**Hessischer Rundfunk  
Anstalt des öffentlichen Rechts  
Der Intendant**

## 5295

**Widmung einer Neubaustrecke zur Teilstrecke der Kreisstraße 6 in der Gemarkung Dissen (Stadtteil von Gudensberg), Schwalm-Eder-Kreis, Regierungsbezirk Kassel**

Die in der Gemarkung Dissen (Stadtteil von Gudensberg) im Schwalm-Eder-Kreis, Regierungsbezirk Kassel, neugebaute Strecke

von km 16,186 neu (bei km 16,187 der B 3 alt)  
bis km 16,879 neu = 0,693 km

wird mit Wirkung vom 1. November 1975 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Sie

erhält damit die Eigenschaft einer öffentlichen Straße und wird Bestandteil der Kreisstraße 6.

**Rechtsbehelfsbelehrung:** Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift bei der oben bezeichneten Behörde Widerspruch erhoben werden.

Es ist zweckmäßig, den Widerspruch zu begründen und einen entsprechenden Antrag zu stellen. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

3588 Homberg, 5. 12. 1975

Der Kreis Ausschuß des  
Schwalm-Eder-Kreises

## 5296

**Öffentliche Ausschreibungen**

**Frankfurt (Main):** Die Bauleistungen für Baumaßnahme 76-1; Ausbau des Parkplatzes bei km 421 — Westseite — der BAB-Strecke A 48 Kassel—Frankfurt (M.) im Bereich der Autobahnmeisterei Reiskirchen, sollen vergeben werden.

**Leistungen u. a.**

15 000 qm	Waldfläche roden
14 000 qm	Oberboden abtragen
1 500 qm	alte Fahrbahndecke (12 cm bit. und 20 cm Pflaster und Schotter) aufbrechen und abfahren
2 700 cbm	Bodenmassen abtragen und im Damm einbauen
1 700 cbm	Bodenmassen abtragen und abfahren
4 400 cbm	Frostschutzmaterial (gebr. Gestein) liefern und einbauen
800 m	Entwässerungsleitungen NW 300 mm einschl. Kontrollschächte herstellen
5 300 qm	bitum. Tragschicht 14 cm und bitum. Binder-schicht 8 cm dick herstellen
7 500 qm	Asphaltbetondeckschicht 4 cm dick herstellen
2 500 qm	Betonverbundpflaster einschl. Unterbeton herstellen.

**Bauzeit:** 90 Werktage.

**Voraussichtlicher Arbeitsbeginn:** Mitte Februar 1976.

Bewerber werden gebeten, beim Autobahnamt Frankfurt (M.), Gallusanlage 2, bis spätestens 19. 1. 1976 die Ausschreibungsunterlagen anzufordern. Der Beleg über die Einzahlung von 30,— DM für 2 Ausfertigungen bei der Staatskasse Frankfurt (M.), Postscheckkonto Frankfurt (M.) 601-6821, mit der Angabe: Ausschreibungsunterlagen für Baumaßnahme 76-1, Ausbau Parkplatz km 421, ist beizufügen.

**Eröffnungstermin** am 4. 2. 1976, 10.00 Uhr, im Zimmer 212, des Autobahnamtes Frankfurt (M.), Gallusanlage 2, II. Stock.

**Zuschlags- und Bindefrist:** 10. 3. 1976.

Bietler müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

6000 Frankfurt (Main), 18. 12. 1975

Autobahnamt

## 5297

**Hanau:** Der Magistrat der Stadt Hanau beabsichtigt, die Umstellung der vorhandenen Schwerölanlage auf kombinierte Gas-Leichtöl-Feuerung für das Stadtkrankenhaus Hanau zu vergeben. Die Vergabe der Arbeiten erfolgt gemäß VOB.

**Ortslage:** Östlich des Marktplatzes.

**Bauzeit:** 2 Monate.

**Arbeitsumfang:** 3 Stück Niederdruckdampfkessel mit einer Wärmeleistung von je 2,2 Mill. kcal sollen von Schweröl auf Gasfeuerung umgestellt werden.

Die vom städtischen Hochbauamt zur Verfügung gestellten Unterlagen umfassen: 1 Leistungsverzeichnis (2fach).

Als Sicherheit für die vertragsmäßige Ausführung der Leistung und für Gewährleistungsansprüche ist eine Vertragserfüllbürgschaft von 5% der Auftragssumme zu erstellen

Die Ausschreibungsunterlagen werden auf Anforderung portofrei zugestellt bzw. können beim Magistrat der Stadt Hanau, Rathaus, Block C, Hochbauamt, Zimmer 338, III. Stock, gegen Nachweis der bezahlten Kostenerstattung ab 5. Januar 1976 abgeholt werden.

Die Kostenerstattung beträgt 20,— DM.

Dieser Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Stadtparkasse und Landesleihbank Hanau, Kto.-Nr. 50 005, oder auf das Postscheckkonto Frankfurt/Main, Nr. 51 04, unter Angabe der Zweckbestimmung, zugunsten der Haushaltsstelle VmH. 5101-0407, einzuzahlen.

**Eröffnungstermin:** 29. Januar 1976, 14.00 Uhr.

Der Eröffnungstermin findet im Rathaus — Block A — in der Kantine statt.

Das Angebot ist in einem verschlossenen Umschlag mit der Aufschrift: „Änderung der Heizungsanlage im Stadtkrankenhaus Hanau“ einzureichen und muß zum Eröffnungstermin vorliegen.

**Zuschlags- und Bindefrist:** 6 Wochen.

6150 Hanau, 16. 12. 1975

Der Magistrat der Stadt Hanau  
Hochbauamt  
gez. G o ß  
Stadtrat

## 5298

**Schwarzwald-Baar-Kreis**

— 202 000 Einwohner —

Das Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis in Villingen-Schwenningen sucht zum ehestmöglichen Zeitpunkt für das Kreissozialamt

**1 Sachbearbeiter**

für das Sachgebiet Sozialhilfe (Ganzheitsmethode).

Die Stelle ist nach der Bes.-Gr. A 11 LBesG. bewertet.

Sitz des Landratsamtes ist die große Kreisstadt Villingen-Schwenningen. Die Landschaft des Kreises ist sehr reizvoll. Die Schweiz und der Bodensee sind leicht erreichbar. Verbilligter Mittagstisch und gleitende Arbeitszeit sind eingeführt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen erbittet das Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis, 7730 Villingen-Schwenningen, Kaiserring 2, bis spätestens zum 30. 1. 1976.

Der „Staatsanzeiger für das Land Hessen“ erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 21,30 (einschließlich 5,5% Umsatzsteuer). Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gantz; für die technische Redaktion und den Öffentlichen Anzeiger Peter Chudoba. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co. KG, 62 Wiesbaden, Postfach 2229. Postscheckkonto: Frankfurt/M. Nr. 143 60-603. Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz, 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42.

Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42. Telefon Sa.-Nr. 3 96 71 (Telefonische Anfragen zu Anzeigen: Telefon 06122/60 71). Fernschreiber: 04 185 618. Der Preis von Einzelstücken beträgt DM 5,00. Im Preis sind die Versandkosten und 5,5 Prozent Umsatzsteuer enthalten. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt/M. 143 60-603. Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 12 vom 1. 7. 1975.

Der Umfang dieser Ausgabe beträgt 24 Seiten.